

DEUTSCHE POLIZEI

Juli 2019 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI





Exklusive
Angebote für
Polizei-
beamte

Auch die tapfersten Beschützer
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

GdP-TIPPSPIEL



Nach der Saison ist vor der Saison. Gratulation an unsere Tippsieger im Einzel- und Mannschaftswettbewerb. Sie können sich auf ein VIP-Wochenende im Rahmen eines BVB-Heimspiels freuen. Bald geht es aber schon mit der neuen Tipp-Saison weiter: die Chance, den Gewinnern den Titel abzufragen. Mehr in dieser Ausgabe und auf gdp.de Seite 2

NACHWUCHSWERBUNG



Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Über das schwierige Los und die Herausforderungen der Einstellungsbehörden und ihrer Verantwortlichen berichtet DP-Autor Wilfried Hofmann. Der Gewerkschafter ist dienstlich mit dem Thema betraut und bietet eine Fülle von Lösungsansätzen an.

Seite 29

BEAMTENRECHT



Foto: Gudrun Hoffmann

Die GdP äußerte sich im Deutschen Bundestag im Rahmen einer Anhörung zum „Gesetz zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungs- und Umzugskostenrechts des Bundes“.

Seite 38

- 2 **GdP-TIPPSPIEL** Enges Rennen um beste GdP-Fußball-Experten
- 4 **TITEL/GdP-FACHTAGUNG POPULISMUS**
Die Demokratie in Gefahr – Das Ende der Aufklärung
- 15 Dortmundener Erklärung
- 17 **MEINUNG** Migration als „Mutter aller Probleme“?
- 21 **BUNDESFACHAUSSCHUSS** Stapellauf des ersten Symposiums Polizeiverwaltung vorbereitet
- 23 **DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG** GdP-Vize Schilff: Versammlungsrecht fundamental für eine demokratische Gesellschaft
- 25 **EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**
Ein gerechteres Europa
- 27 **BEZIRKE** Ein Vierteljahrhundert GdP-Bezirk Bundespolizei
- 27 **GdP INTERN** Auf die „richtige“ Ansprache kommt es an
- 28 Dein Beruf. Deine Gewerkschaft.
- 29 **NACHWUCHSWERBUNG** Spannungsfeld und Gratwanderung
- 33 **FRAUENGRUPPE (BUND)**
Start der AG „Vereinbarkeit von Beruf und Leben im Zeitalter der Digitalisierung“
- 33 Bundesverdienstkreuz für GdP-Coach Manuela Rukavina
- 35 **SOZIALES** Unbezahlbare Großstädte
- 37 **BUNDESFACHAUSSCHUSS** BFA Beamten- und Besoldungsrecht setzt Ziele
- 38 **BEAMTENRECHT** Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz: GdP bei Anhörung im Bundesinnenministerium
- 39 **MITGLIEDERSERVICE** Neue Regeln für die Steuererklärung 2018
- 40 **KRIMINALITÄT** Polizei muss im Kampf gegen Kindesmissbrauch besser ausgestattet werden
- 40 **IMPRESSUM**



Enges Rennen um beste GdP-Fußball-Experten

Blick hinter die Kulissen des Dortmunder Stadions



Fotos: Robert Kneschke, Team Daf/AdobeStock

Die Fußball-Bundesligasaison ging letztlich wie erwartet zu Ende. Der gefühlte Dauer-Tabellenerste Bayern München gewann im Schlussspurt erneut den Meistertitel. Jedoch hatte die abgelaufene Spielzeit 2018/19 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich mehr Spannung zu bieten, was sich auch in vielen überraschenden Endergebnissen widerspiegelte. Umso höher ist der Fußballsachverständer der Gewinner im diesjährigen Tipp-spiel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu würdigen. Dutzende Experten in der Einzel- und in der Teamwertung zeigten Woche für Woche mit ihren prophezeiten Endständen, wie gut sie sich mit dem Leistungsvermögen in der höchsten deutschen Spielklasse auskennen. DEUTSCHE POLIZEI (DP) gratuliert allen Spieltaggewinnern und den Gesamtsiegern.

An der Spitze des Einzelwettbewerbs stand nach dem letzten Schlusspfeiff in den Stadien am 34. Spieltag Stefan Feicht aus der Oberpfalz. Der szenekundige Beamte aus der Polizeiinspektion Regensburg Süd eroberte im dritten Anlauf erstmals den ersten Platz. „Ich habe mich riesig über meinen Sieg gefreut und bin schon richtig heiß auf die nächste Saison und die neue Tipprunde“, so die erste Reaktion des 56-Jährigen. Und selbstverständlich freue mich schon riesig auf den Besuch im SIGNAL IDUNA PARK in Dortmund im Herbst.

„Ich nahm vor zwei Jahren erstmals an dem GdP-Tipp-spiel teil. In diesem Jahr sah ich – auch eher zufällig – acht Runden vor Schluss bei einem Blick auf die Homepage, dass ich in der Gesamtwertung auf Rang „drei“ lag. Seitdem blieb ich dran, verfolgte regelmäßig die Ranglisten, erst recht zwei Wochen später, als ich auf Platz 1 stand“, sagte der Bayern-Fan am DP-Telefon im obligatorischen Siegerinterview. „Den Spitzenplatz konnte ich dann, trotz zeitweise sehr mäßigen Ergebnissen, über sechs Runden lang

bis ins Ziel retten. Gott sei Dank hatten meine Verfolger, die sehr hartnäckig waren, im Großen und Ganzen ähnliche Ergebnisse getippt“, zeigte Feicht sich erleichtert.

Der Fußball gehört in der Freizeit zu seinem Leben. „Bereits seit früherer Kindheit bin ich leidenschaftlicher Fußballfan. Natürlich bin ich, wie viele auch, selbst über vier Jahrzehnte hinter dem runden Leder hergelaufen. Seit einigen Jahren verfolge ich das Fußballgeschehen aber nur noch in horizontaler Lage von der Couch, oder sitzend vom Barhocker aus“, meint der Einzelsieger, der Vereinsmitglied der Bayern und eines Fanclubs ist.

Fast jedes Wochenende im Fußball-Dienst

Der 56-Jährige ist auch dienstlich mit dem Fußball verbunden. „Seit anderthalb Jahren werde ich von meiner Dienststelle als szenekundiger Beamter bei den Zweitligaspielen des SSV Jahn Regensburg eingesetzt. Nun bin

ich – fast jedes Wochenende – entweder in der heimischen Continental-Arena in Regensburg oder bundesweit in den Zweitligastadien unterwegs“, erzählt Feicht, der sich auch als stellvertretender GdP-Vorsitzender der Kreisgruppe Regensburg und Personalratsmitglied (nicht in Freistellung) beim Polizeipräsidium Oberpfalz engagiert.

„eierkarl“ setzte sich diesmal durch

Erneut harte Gegenwehr bis zuletzt und diesmal mit einem glücklichen Ende erlebten die Gewinner der Teamwertung. Hinter dem etwas ungewöhnlichen Spielnamen „eierkarl“ verbergen sich Stephan Schackmar und Carsten Neis aus Rheinland-Pfalz. „Wir beide kennen uns schon seit 13 Jahren, kommen beide aus dem gelobten Saarland und sind bei der Polizei-autobahnstation Kaiserslautern im Einsatz“, so der 42-jährige Neis.

Die Saison 2018/19 war ihre dritte GdP-Tipp-spiel-Teilnahme. „Im Jahr zuvor hatten wir am letzten (!) Spieltag Platz 1 in der Teamwertung verloren. Nachdem auch noch zwei Tagessiege bei den Einzeltipps im Rahmen des Losentscheides zu unseren Ungunsten ausfielen, haben wir noch einmal alle Kräfte gebündelt und dieses Jahr endlich den Gesamtsieg erreicht“, erzählte Neis.

Beginnen in Rheinland-Pfalz haben Neis und sein gleichaltriger Kollege bislang mehrere Dienststellen in ihrem beruflichen Werdegang kennengelernt. „Also gute und schlechte Zeiten





**Der Gesamtsieger „Einzeltipper“
Stefan Feicht.**

Foto: privat

durchgemacht und so manchen aufregenden oder auch witzigen Einsatz erlebt“, fügte Schackmar hinzu. „Wir teilen den gleichen Humor, sodass auch der Spaß bisher nie zu kurz kam. Ich denke, unser Teamname spricht für sich“, ergänzte Fußballfachmann Neis.

Unterschiedlich sind jedoch ihre Lieblingsmannschaften. Das Fußballherz Schackmars schlägt für Borussia Dortmund und den FC Homburg/Saar, Neis hängt trotz sportlichen Abstiegs immer noch (!) am 1. FC Kaiserslautern. „Auf dem „Betze“ haben wir in den letzten Jahren viele Spiele des FCK privat oder auch dienstlich begleitet. Gute Atmosphäre und emotionale Spiele sind uns daher bestens bekannt“, so der 42-jährige Lauterer-Fan.

„Dortmund wiederum wird für uns beide Neuland sein, so dass wir uns jetzt schon riesig auf das Match, die

Stimmung im Stadion sowie auf das tolle Rahmenprogramm freuen“, meint Fan Schackmar.

11 Punkte reichten zum Sieg

Nach dem Blick nach vorn noch eine resümierende Rückschau in Zahlen dank der Auswertung der betreuenden Agentur Goldene Generation. Am 31. Spieltag reichten demnach schon mager 11 Punkte für den Tagessieg. Hingegen musste am 14. und 29. Spieltag der jeweilige Sieger stolze 21 Punkte holen, um zu gewinnen.

Die weiteste Anreise nahm in der zurückliegenden Saison der Sieger aus dem bayerischen Döhlau auf sich. Er musste 900 bis 1.000 Kilometer für beide Strecken zurücklegen, um das Spiel des BVB gegen den FC Augsburg zu sehen. Der große Aufwand wurde aber immerhin mit einem packenden und torreichen Spiel belohnt: Am Ende siegten die Dortmunder mit 4:3 Toren.

Traurig: Es konnte keine Frau einen Tagessieg erringen – das geht in der neuen Saison sicherlich besser. ;-)

Mitte August geht es weiter

Wenn die gewerkschaftliche Fußballgemeinde diese Juli-Ausgabe der DP in den Händen hält, dann stehen bereits die ersten Begegnungen der

neuen Saison 2019/20 in der höchsten deutschen Fußball-Liga fest. Dann stehen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am GdP-Tippspiel mit Unterstützung der SIGNAL IDUNA an den Spieltagen wieder vor der Frage: Kann ich mich auf meinen Fußball-sachverstand verlassen oder sollte ich lieber auf mein Bauchgefühl vertrauen? Übrigens gibt es keine Neuerungen, also bisherigen Mitspieler bleiben angemeldet. Selbstverständlich hoffen wir, auch viele neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können.

Auf der Trainerbank sitzen

Die Teilnahme lohnt sich. Auf den Tippspiel-Gesamtsieger, der nach dem letzten Bundesliga-Spieltag der Saison die Gesamtrangliste anführt, wartet ein exklusives Fußball-Wochenende: VIP-Tickets für den Gewinner und eine Begleitperson für ein Bundesligaspiel von Borussia Dortmund in der Saison 2020/21 inklusive der Anreise und einer Übernachtung.

Auf die Gruppe mit den besten Tippern der gesamten Saison wartet ebenfalls ein rundum-sorglos-Fußball-Paket: Ein VIP-Ticket für ein Spiel der Saison 2020/21 je Gruppenmitglied, Anreise und eine Übernachtung inklusive. Auch hier führt die Reise zu einem Heimspiel des BVB im Dortmunder SIGNAL IDUNA PARK.

Wolfgang Schönwald



Die Gesamtsieger „Gruppe“: „eierkarl“, Carsten Neis und Stephan Schackmar.

Foto: privat



GdP-FACHTAGUNG POPULISMUS

Die Demokratie in Gefahr – Das Ende der Aufklärung

GdP-Vize Schilff: Folgen von Stammtischparolen nicht unterschätzen

Von DP-Redakteurin Christina Bicking (Mitarbeit: Wolfgang Schönwald)



Die Brisanz des Themas verdeutlichte die Zahl und Intensität der Wortmeldungen.

Foto: Hagen Immel

Der aktuelle Populismus in Deutschland und Europa stellt Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die Polizeibeschäftigten sowie die ganze Gesellschaft vor große Herausforderungen. Populismus sei zwar kein Verbrechen, in den falschen Händen und unter geeigneten Rahmenbedingungen jedoch ein höchst gefährliches Mittel der politischen Beeinflussung, umriss der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Dietmar Schilff, als Fazit einer zweitägigen GdP-Fachtagung Anfang Mai in Berlin. „Als überzeugte Demokraten müssen wir schleunigst unsere Komfortzone verlassen“, forderte er vor rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Demokratie sei kein Naturgesetz, sondern müsse gelebt und auch verteidigt werden.

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow machte deutlich: „Die Polizei muss für Rechtsstaat und Toleranz stehen, sie muss deshalb genauso wie die GdP unparteilich sein.“ Natürlich dürften sich Polizistinnen und Polizisten Parteien anschließen, zumindest solange sie nicht verboten seien. Die Polizei werde gerne mal schnell in die rechte Ecke gestellt und bekomme eine Sympathie für die AfD und ähnliche Gruppierungen unterstellt. „Ich stelle das in Frage, denke aber, wir sollten das Thema politische Bildung in der Polizei wieder stärker auf die Agenda der GdP setzen. Wir wollen, dass sich Polizistinnen und Polizisten wieder stärker bewusst machen, wofür die Polizei steht, und welche Rolle sie im Staat hat“, betonte der GdP-Chef.



Zu Tagungsbeginn sagte GdP-Vize Schilff: „Es ist folgerichtig, dass wir uns innerhalb der Gewerkschaft intensiv mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen des Populismus auseinandersetzen und unsere ablehnende Haltung gegenüber jeglichen antidemokratischen und menschenverachtenden Tendenzen unmissverständlich zum Ausdruck bringen.“ Ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sei die unumstößliche Grundlage unseres gewerkschaftlichen und dienstlichen Handelns.

Leicht eingängige Parolen seien unvermindert an Stammtischen zu hören. Diese hätten längst auch Eingang in die sozialen Netzwerke gefunden. In sogenannten Filterblasen und Echokammern des Internets würden gezielt sowohl Ängste geschürt und Ansichten verstärkt, als auch Parolen und Behauptungen unwidersprochen zur scheinbaren Wirklichkeit, betonte Schilff. „Sie werfen keine Steine auf den Staat, sondern wählen vergiftete Worte. Ihr Handeln ist deshalb so brisant. Sie vermeiden Gewalt, aber zielen mit ihren geschickt formulierten Parolen auf vermeintlich leicht zu beeinflussende Wähler. Und dabei treffen sie oft auf fruchtbaren Boden“, unterstrich der Gewerkschafter.

Fakt sei, stellte Schilff fest, dass eine Populismus-Polizei jedenfalls nicht



Demokratie sei kein Naturgesetz. Demokraten müssten ihre Komfortzone verlassen, forderte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Veranstaltungschef Dietmar Schilff in seinem Fazit.

Foto: Kay Herschelmann

helfen würde. „Mit dem Strafgesetzbuch kommen wir hier nicht weiter, mit dem Geschichtsllexikon jedoch schon viel mehr.“ Es sei unumgänglich, sein eigenes Informationsverhalten auf die Empfänglichkeit für manipulierende Informationen zu überprüfen. Das gelte nicht nur für politische Themen, sondern prinzipiell für den gesamten Alltag. „Es liegt an uns selbst, wir sollten nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Denn dann würden wir es so machen, wie diejenigen, über die wir hier zwei Tage geredet haben“, appellierte er an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aschenputtel, und was es mit Populismus gemein hat

„Das Wesen des Populismus liegt im Aschenputtel-Schuh.“ Jeder wolle ihn anziehen, aber es gäbe keine passenden Füße – mit dieser Analogie eröffnete Alexander Häusler, Rechtsextremismus-Experte und Wissenschaftler an der Hochschule Düsseldorf, seinen Vortrag zum Thema Erscheinungsformen, Ursachen und Entwicklungen des Populismus. „Und dann kommt Aschenputtel, die Außenseiterin als Symbol für das tugendhafte, das ehrliche Volk, und zieht vorbei an ihren arroganten Stiefgeschwistern. Sie kann den Schuh anziehen.“

Häusler zitierte mit der Entsprechung den russisch-britischen Politikwissenschaftler Isaiah Berlin. Die Geschichte symbolisiere die Erzählung eines populistischen Traums. Der Populismus sei die Erzählung einer heilen früheren Welt, die durch Volksfeinde zerstört worden sei. „Populisten versuchen diesen Traum wieder Wirklichkeit werden zu lassen, in dem sie zurückführen in diese heile Welt“, so Häusler.

Inszenierungen, Anti-Haltungen und Mischformen

Der Extremismusexperte machte deutlich, dass es sowohl linken als auch rechten Populismus sowie Mischformen gebe. Was beide Seiten jedoch eine, sei der proklamierte Gegensatz zwischen dem reinen Volk und der korrupten Elite. Weiteres Merkmal



Foto: Hagen Immel





Fragerunde: Rechtsextremismus-Experte Alexander Häusler (m.) mit Antworten. Der Wissenschaftler von der Hochschule Düsseldorf hatte mit seinem Beitrag den Reigen der Vorträge eröffnet. Im Bild: Journalist Olaf Sundermeyer (l.).

Foto: Hagen Immel

sei: „Die Redner inszenieren sich als Anwälte, als Sprecher des Volkes“, so Häusler. Weiterhin gerieten sie sich als Ordnungskräfte in einem System, in dem Gesetz und Ordnung nicht mehr gälten.

Verquickt seien diese Darstellungen typischerweise mit einer bestimmten Form der Anti-Haltung. „Populisten sind immer gegen etwas“, beschrieb der Wissenschaftler. Zudem sei der Populismus antiintellektuell angelegt und personalisiere Probleme und Politisches. Der linksgerichtete Populismus personalisiere zum Beispiel kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse und beschwöre den Klassenkampf. Der rechte und rassistische Populismus proklamiere die pluralistische Gesellschaft als Feindbild. Als Beispiele für Mischformen von links- und rechtsgerichteten Populismus führte er die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien sowie die von Miloš Zeman gegründete tschechische Partei SPOZ an. In Europa habe Populismus unterschiedliche Ursprünge.

Auf der rechten Seite

„Die rechte Seite ist das Feld, wo der Populismus die meiste Nahrung erhält“, erklärte Häusler und fügte hinzu: „Die Ansprache im rechten Populismus lebt von einer biologischen, ideologischen Herkunft.“ Und sie lebe vom Volk. In Deutschland stelle die AfD ein parteipolitisches Dach für die unterschiedlichsten politischen Strömungen Rechtsaußen dar. Mit ihren

flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Mobilisierungen leite die AfD eine aktive Bewegungsphase ein, so Häusler. Rechtsaußen-Frontmann Björn Höcke selbst habe die AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ bezeichnet. Er zitierte weiter Höcke, laut dem die AfD „die letzte evolutionäre Bewegung für unser Land“ sei.

Wohin diese Bewegung führt, zeigte Häusler ebenfalls auf: Die von der AfD mobilisierten rechten Aufmärsche vor dem Erfurter Dom, in Cottbus und weiteren ostdeutschen Städten unter Beteiligung von Pegida-Anhängern, Hooligans und Neonazis hätten teilweise offen rechtsextreme Züge angenommen. Mit seiner Behauptung, das „wahre Volk“ symbolisch zu repräsen-

tieren, instrumentalisieren und delegitimieren der Rechtspopulismus die demokratischen Institutionen. Unter dem Deckmantel von Sicherheit-und-Ordnung-Parolen würden antidemokratische Haltungen verbreitet. Die AfD habe mehrfach ihre autoritären Vorstellungen von Selbstjustiz sowie ihre feindliche Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung deutlich gemacht.

Doch der Populismus in Deutschland und in Europa ist nicht nur ein Problem einzelner Parteien: „Populismus ist zu begreifen als ein demokratisches Krisenphänomen. Würden demokratische Parteien Politik machen, die auf Zustimmung in der Bevölkerung stoße, wären Populisten nicht so stark, wie sie sind“, erklärte Häusler. Populismus sei auch zu verstehen als Bildungsproblem, das mit der Polarisierung der Gesellschaft einhergehe.

Der „Flügel“ ist die Machtstatik der AfD – Einblicke eines Reporters

Der rbb-Journalist Olaf Sundermeyer berichtete über seine beruflichen Erfahrungen mit der AfD, die er seit vielen Jahren aus unmittelbarer Nähe beobachtet. Die AfD sei keine homogene Partei, sagte er. In vielen Gesprächen mit AfD-Spitzenpolitikern erfahre er, dass die Radikalen zwar nicht die Mehrheit in der Partei seien, jedoch die Lauten sowie die Mächtigen und Einflussreichen. Dieser Flügel sei die Machtstatik der AfD. Nur wenn sich Politiker innerhalb der Partei zum Flügel bekennen würden,



Richtungsweisend: Moderator Christoph Tiegel führte souverän durch die zweitägige Veranstaltung.

Foto: Kay Herschelmann





Kein leichtes Thema: (v.l.) GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, sein Stellvertreter und Gastgeber Dietmar Schilff sowie Dr. Dirk Götting von der Polizeiakademie Niedersachsen.

Foto: Hagen Immel

hätten sie auch eine Chance auf einen Listenplatz.

Der Reporter, der zum rbb-Investigativteam gehört, beschreibt Beobachtungen, die er über die Jahre als Journalist, aber auch als Bürger gemacht habe. Nicht die gesamte Gesellschaft sei nach rechts gerückt, der Rechtsdruck sei aber in den letzten fünf Jahren lauter geworden. Der szenenbekannte Fernsehjournalist erklärte, die Presse- und Meinungsfreiheit auf Veranstaltungen könne oft nur durch die Anwesenheit der Polizei gewährleistet werden. „Ich könnte als TV-Journalist in Cottbus nicht ohne die Polizei arbeiten“, so Sundermeyer.

Gefahren für einen Flächenbrand

Auf der anderen Seite stünden aber auch Polizistinnen und Polizisten, die für die Thesen der AfD empfänglich seien. „Für mich ist Ihre Berufsgruppe eine mit einer deutlichen Nähe zur AfD und zum Populismus“, behauptete der Journalist, der rund 30 Mal auf Pegida-Demonstrationen gewesen ist.

Wenn er dort als Hörfunk- oder Fernsehreporter ausgemacht wurde, sei es oft brenzlich geworden, und er habe Schutz bei der Polizei gesucht. Einmal hätten ihm zwei Polizisten gesagt: „Wenn Sie mal objektiv berichten würden, dann wäre das für Sie auch nicht gefährlich hier.“ Das seien zwar Einzelfälle, in Berlin beispielsweise würde so etwas nicht passieren, aber solche Vorfälle habe er mehrfach in Sachsen erlebt. Das, was im äußersten Ausmaß an Rechtsdruck und Populismus wahrzunehmen wäre, seien regionale Phänomene, die aber Gefahr liefen, zum Flächenbrand zu werden, mahnte Sundermeyer.

Der Journalist ist der Ansicht, dass die AfD Polizistinnen und Polizisten als Zielgruppe für sich ausgemacht habe. Bei Pegida-Veranstaltungen würde ihnen applaudiert, weil es heiße „das sind unsere Leute“. Aber auch andere Berufsgruppen wie Lehrer und Journalisten liefen Gefahr, für AfD-Thesen empfänglich zu sein. Das sei der Fall, wenn man in Bereichen zu tun habe, bei denen man oft auf Menschen treffe, die nicht so viel mit Recht und Ordnung am Hut hätten.

Der Wunsch der AfD zur Machtergreifung

Welche politische Welt hat die AfD für sich ausgemacht? Der Reporter beschreibt ein Erlebnis hinter der Kamera, bei dem ihm ein AfD-Politiker gesagt habe, dass die AfD es anstrebe, in den Rundfunkrat des rbb zu kommen. Wenn es so weit sei, könne er (Sundermeyer) sich eine andere Beschäftigung suchen. Weiterhin zitierte er aus einem Gespräch mit dem AfD-Politiker Roman Reusch, der bis zu seiner Wahl in den Bundestag leitender Oberstaatsanwalt gewesen war: „Was glauben Sie, was wir hier machen? Wir arbeiten natürlich an der Machtergreifung.“ Dabei sei klar: Leute, die sich dieser Bewegung zugehörig fühlen, würden von einem anderen Deutschland träumen und nicht von der Demokratie, die Polizistinnen und Polizisten jeden Tag verteidigen. Wenn man den Zeitstrahl der Zunahme der AfD in den Landesregierungen betrachte, könne man deutlich sehen, wie sich die AfD mit der Straße radi-



kalisiert habe. Zunehmend würde sie sich auch mit der Hooligan-Szene verbinden. Sundermeyer stellte die These auf, dass Fußball-Hooligans die Rolle der Neonazis übernommen hätten und zur Schutztruppe der rechtspopulistischen Gesellschaft geworden wären.

Zum Abschluss appellierte der Journalist an die Gewerkschaft der Polizei: „Setzen Sie sich als Gewerkschaft damit auseinander, Sie sind damit nicht alleine!“ Jede Institution, jede Behörde, jedes Unternehmen sei mit dem Problem konfrontiert. Nazis stünden nicht mehr am Rande der Gesellschaft, sondern seien in der Mitte angekommen.

„Kein erfolgreicher Populismus ohne mediale Rezeption“

In der sich anschließenden Fragerunde mit Sundermeyer und Häusler ging es um die Rolle der Wissenschaft im und gegen den Populismus sowie die der Medien. Der Blick der Wissenschaft auf die Gefahr von rechts sei „veraltet“, „von vorgestern“, sagte Häusler. Man habe das hybride Auftreten der „neuen Rechten“ noch nicht auf dem Schirm.

Es würden Leute auf der Straße zusammenkommen und sich organisieren, die sonst nicht viel gemeinsam hätten. Die Schlüsselfiguren gerieten sich als Saubermänner und stammten oft aus fragwürdigen Milieus, etwa aus der Rocker- oder Kampfsport-Szene.

„Kann der journalistische Blick hier der Wissenschaft bei der Forschung helfen“, fragte Moderator Christoph Tiegel. Kritische journalistische Arbeiten würden für die Rechtsextremismus-Forschung herangezogen, wenn sie auf der Höhe der Zeit seien. Die Berichterstattung, die ein investigativer Reporter wie Sundermeyer mache, sei von großer Bedeutung. „Es ist wichtig, dass man die Zusammenhänge erklärt“, beschreibt Häusler. Die Medien seien aber auch ein Stück weit für das Aufkommen und Erstarben des Populismus verantwortlich. „Es gibt keinen erfolgreichen Populismus ohne mediale Rezeption“, so der Forscher.

Fehler vor allem in der Anfangszeit der AfD räumte auch Sundermeyer ein: „Wir hatten eine Phase, in der viele Medienvertreter in die Empörungsfalle getappt sind.“ Die Aufmerksamkeitsökonomie sei in Deutschland bei dem Thema völlig überspannt worden. Da

die AfD ein Thema sei, das Leser beziehungsweise Zuschauer garantiere, und man sich damit profilieren könne, sei es oft aufgegriffen worden. Der Reporter glaubt, dass die Redaktionen aber eine Lernkurve durchlaufen hätten, nachdem die AfD in den Bundestag eingezogen sei. Und: Die wissenschaftliche Forschung zum Thema Rechtsextremismus sei wichtig für den Journalismus, da sie stärker beobachte und analysiere als es die tägliche Berichterstattung tue.

Polizei wird bei Rechten gepampert

Die Rolle von Wissenschaft und Bildung ist auch Thema für die Polizei: Der stellvertretende Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), Martin Meisen, fragte mit Blick auf angesprochene rechte Prägungen junger Polizisten, inwiefern es aus Sicht des Forschers relevant wäre, dass die Polizei mehr in die politische Bildung investiert. „Es ist eminent wichtig, dass die Polizei sich Zeit nimmt, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit dem Phä-



Volles Haus: Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse.

Foto: Hagen Immel



nomen des Populismus auseinanderzusetzen“, erklärte Häusler. Vor allem vor dem Hintergrund der Feindbilder, auf die Polizistinnen und Polizisten im Berufsalltag treffen, sei das von großer Bedeutung. Auf linken Demonstrationen seien sie das erklärte Feindbild, während man sie auf der rechten Seite als Freund beschreibe. Auf rechten Veranstaltungen würde man ihnen danken, dass sie da seien, und man würde Polizei insgesamt positiv ansprechen – immer vor dem Hintergrund der antidemokratischen Zielsetzung. „Daher ist die Auseinandersetzung mit dieser populistischen Ansprache sehr wichtig für Ihren Berufszweig“, so der Extremismus-Experte.

Gegen die Normalisierung des Populismus

In einer Diskussionsrunde unterhielten sich Borussia Dortmund-Chef, Hans-Joachim Watzke, der Vorstandsvorsitzende der Signal Iduna Gruppe, Ulrich Leitermann, und Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), über die Ursachen des Populismus. Sie diskutierten mögliche Wege aus der negativen gesellschaftlichen Entwicklung und stellten die Verantwortung, die Gesellschaft, Wirtschaft, Sport und Politik bei der Bekämpfung des Populismus tragen, heraus.

„Der Populismus von heute bedeutet, dass man versucht, auf zunehmend komplexe Fragen in einer globalisierten Welt möglichst einfache Antworten anzubieten, was nicht immer funktioniert“, sagte Watzke. Populismus sei nicht immer komplett falsch. „Im Fußball gehört ein bisschen schon dazu.“ Es gebe einen positiven und einen negativen Populismus. Um den Negativen zu verstehen, müsse man eben auch die Gründe dafür anschauen. „Wenn ich auf die letzten 20 Jahre blicke, habe ich das Gefühl, Populismus greift immer dann um sich, wenn diejenigen, die über Phänomene sprechen, sie nicht so beschreiben, wie es das Volk – und vom lateinischen Wort dafür stammt der Begriff Populismus ab – empfindet“, so der Vorsitzende der Geschäftsführung des Fußball-Bundesligisten. Wenn ein Politiker etwa immer sage, mit der inneren Sicherheit sei alles gut, aber Menschen zur gleichen Zeit erleben würden, wie in der Nachbarschaft ständig eingebrochen wird, biete das den Nährboden



Nahperspektive: rbb-Reporter Olaf Sundermeyer berichtet seit Jahren über radikale und extremistische Parteien und Gruppierungen.

Foto: Hagen Immel



Hans Joachim Watzke, Vorsitzender der Geschäftsführung von Borussia Dortmund, mit einer Einordnung des Themas Populismus im Profifußball.

Foto: Hagen Immel

für Populisten, die behaupten, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu haben.

„Das ist auch unsere Definition von Populismus“, ergänzte Leitermann, Vorsitzender der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe. „Populisten nutzen einfache Botschaften, um die eigenen Ziele zu erreichen.“ In der komplexer gewordenen Welt würden Dinge bis zur Unkenntlichkeit und derart stark vereinfacht, dass sie nicht mehr der Wahrheit entsprächen. Das sei das Gefährliche am Populismus. „Die Frage ist: Wie können wir das Phänomen bekämpfen?“

Es fehlt der Streit

„Wir erleben derzeit eine Krise der Demokratie“, sagte Gewerkschafter Körzell. Es finde kein Streit mehr um die besten Konzepte im Land statt, und das sei das Problem. Diese Entwicklung hätte mit der Bankenkrise 2008 eingesetzt. Es gebe weiterhin eine zu große Diskrepanz zwischen dem, was die Politiker sagen, und dem, was die Menschen erleben, pflichtete er der von Watzke zuvor aufgestellten Theorie bei. Es sei außerdem im öffentli-





Ulrich Leitermann, Vorsitzender der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe, mit dem Blick der Wirtschaft. Links neben ihm: Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Foto: Hagen Immel

chen Dienst in vielen Bereichen lange zu viel gespart worden. „Durch den Rückzug des Staates ist eine Lücke entstanden, die nun andere füllen“, so der DGB-Mann. Es sei fatal, wenn sich Menschen fragen müssten, wie es um ihre Sicherheit bestimmt ist. Den Fehler, zu massiv gespart zu haben, dürfe man nicht wiederholen.

„Die Regierung unter Angela Merks CDU ist seit langem nicht mehr auf Streit ausgelegt“, betonte Watzke. Dann komme das Problem der Extreme. Das ständige Bestreben, Konflikte zwischen den Parteien zu kaschieren und direkt eine gemeinsame Position zu erarbeiten, sei das, was der AfD den Auftrieb gebe. Das System Merkel habe die Mitte gelähmt und die Ränder gestärkt. Und dann sei das Problem der Flüchtlingskrise dazu gekommen. Und hier sei es von Anfang an versäumt worden, Klartext zu sprechen. „Man hätte sagen müssen: Wenn wir das jetzt aus humanitären Gründen so wollen, und dazu ist sicherlich auch die Mehrheit der Gesellschaft bereit, dann wird es auch negative Begleiterscheinungen geben“, so Körzell.

Das sei aber nicht diskutiert worden und hätte auch nicht diskutiert werden dürfen. „Jeder, der die negativen Begleiterscheinungen angesprochen hat, ist direkt gesellschaftlich unter den Verdacht gestellt worden, dass er leicht rechtsextreme Tendenzen hat“, sagte Watzke.

„Es fehlt der klare Kompass“

Der SIGNAL IDUNA-Chef bemängelte, dass die großen Parteien keine klare Richtung mehr vorgeben. Es würde helfen, wenn über klare Positionen ein sachlicher Diskurs stattfinde. „Bei den großen Parteien fehlt mir der klare Kompass“, so Leitermann. Da man klare Positionen vermisste und nicht mehr wisse, wofür SPD, CDU und Co. stehen, würden die Menschen orientierungslos, und das bereite den Boden für Populismus.

Leitermann vermisst zudem die konstruktive politische Auseinandersetzung. Er nannte als Beispiel die Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften.

ten. Jede Seite habe klare Positionen. Was dann stattfindet, sei eine sachliche Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen und ein hartes Ringen um Lösungen. Auf beiden Seiten gäbe es dabei eine gewisse Toleranz und Kompromissbereitschaft sowie ein Auseinandersetzen mit sachlichen Argumenten. „Das ist ein Beispiel, wie der Diskurs auch politisch stattfinden muss“, stellte er fest.

Wir haben die besseren Antworten

„Wir als demokratische Gesellschaft geben auf Dauer die besseren Antworten, und wir müssen sie auch lauter geben“, so Körzell. „Europa muss sich ändern, muss sozialer werden. Es muss nicht nur ein Europa der Wirtschaft, sondern auch ein Europa der Arbeitnehmerinnen und -nehmer werden“, betonte er unter Beifall. Mit Blick auf die Europawahl appellierte Leitermann: „Wir müssen den Leuten verständlich machen, wofür Europa steht. „70 Jahre Frieden sind kein Selbstläufer.“

Soziale Netzwerke: Eine Bedrohung für die Demokratie?

„Vier Prozent einer Menge von Objekten mit anderen Eigenschaften als der Rest der Menge reichen aus, die Eigenschaften der gesamten Menge zu ändern“, sagte die Juristin und Big Data-Unternehmerin Yvonne Hofstetter in ihrem Vortrag. „Vier Prozent von uns, die auf die Straße gehen, könnten der Demokratie wieder Flügel verleihen“, erklärte sie. Vier Prozent könnten aber auch das Gegenteil erreichen.

Social Media als Ort der Meinungsbildung trage zu einer Auflösung der gewohnten Ordnung und der Normalität bei. Die internationale Friedensordnung sei seitdem Donald Trump US-Präsident ist, weiterhin stark angegriffen. Die Welt sei insgesamt unnormaler geworden. Das habe zur Folge, dass „wir in einer Auflösungsgesellschaft leben. Wir treiben in einer liquiden Moderne und sind orientierungslos“, erklärte Hofstetter. Die Online-Plattformen haben hier einen treibenden, wenn nicht auslösenden Einfluss: „Die Desinformation ist der Nukleus des Informationsraum des digitalen Zeitalters“, so die IT-Unternehmerin.



Politische Meinungsbildung wird fragmentiert

Alles, woran die Online-Plattformen Interesse hätten, sei die Kommerzialisierung. Soziale Medien seien Werbeplattformen. Bei Facebook betrage der Pro-Kopf-Beitrag eines Nutzers zum Beispiel 232 US-Dollar. Dieses Geld müsse von den Plattformen wieder reingeholt werden. Facebook löse das durch Werbung und durch Daten. In den sozialen Netzwerken würden Unternehmen ihre Werbung als pseudojournalistische Nachrichten vermitteln. Das mache Social Media zum Necker-Katalog des 21. Jahrhunderts. „Wir, die Nutzer, sind wahnsinnig geworden: Wir glauben, dass die Online-Plattformen profitorientierter amerikanischer Konzerne der richtige Platz für die politische Willensbildung sind.“

Der digitale Informationsraum habe die Meinungsbildung dezentralisiert und stark fragmentiert. Früher hätten die Parteien bei der politischen Willensbildung den überwiegenden Anteil gehabt, aber diese Monopolstellung habe sich aufgelöst. Viele Meinungstreiber nehmen nun Einfluss. Die sozialen Medien seien gekennzeichnet durch ein hohes Rauschen, das aus Unzähligen besteht, die sich online mitteilen. Bei Netzwerken wie Facebook würden Filter eingesetzt, um dem Rauschen Herr zu werden. Der personalisierte Newsfeed einer Plattform zeige dem jeweiligen Nutzer nur an, was für ihn von Belang sei. „So atomisieren Online-Plattformen unsere Gesellschaft in ihre kleinste Einheit, die Singularität.“ Das habe den Verlust von Gemeinschaft zur Folge.

Das Ende der Aufklärung

Ein weiteres Problem sei der Verlust der Vernunft, den die sozialen Medien auslösen. „Wer heute noch in dieser viralen Umgebung wahrgenommen werden will, der schafft das nur noch mit Provokationen, Skandalen und Tabubrüchen“, sagte die Sachbuchautorin. Damit würde die Kommunikation insgesamt tabuisiert. Denn mit der Skandalisierung könnten es Fakten nicht aufnehmen. Damit gehe auch ein Verlust der Wahrheit einher. „Deshalb muss online provozieren, wer viral gehen will. Das ändert das Denken.

Denn wer sich erregt, debattiert nicht mehr. Deshalb sagt selbst der bekannte US-Politiker Henry Kissinger: „Wir erleben das Ende der Aufklärung.“

Der Trend habe sich längst auf die physische Welt übertragen. Neue Formen von Gewalt wie Hate Speech und Cyber Mobbing seien mit den sozialen Medien entstanden und würden auch Einfluss auf die analoge Welt nehmen. „Sprache geht der Gewalt voraus“, so Hofstetter. Die Entwicklung habe auch dazu geführt, dass es weniger konsensorientierte Politiker und mehr extreme Politiker gebe. Diese würden einen Nationalismus befördern, der als kleinster gemeinsamer Werte-Nenner fungiere. Die Gesellschaft drifte von demokratischen Werten als Gemeinsamkeit ab. Der einzige Weg aus dieser Entwicklung: Jeder einzelne müsse bei der Errichtung einer faktenbasierten

Realität und Gesellschaft mitwirken. „Wir alle, die gesamte Gesellschaft, sind aufgefordert, dass wir uns gegen den Normalitätsverlust abhärten und resilient werden.“ Man müsse aufeinander zugehen: „Es ist schwer zu hetzen und zu mobben, wenn man sich in die Augen sieht.“

Bedeutung der politischen Bildung

In neuer Besetzung startete die Diskussionsrunde am Ende des ersten Tages. Ursprünglich sollte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow mit Ex-Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) und Ex-Innenminister Thomas de Maizière (CDU) über die Folgen und Herausforderungen diskutieren,



Soziale Medien: Yvonne Hofstetter, Juristin und Autorin, mit dezidierten Aussagen zu Facebook und Co. Nach ihrem Vortrag diskutierten GdP-Chef Oliver Malchow (l.) sowie der stellvertretende Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Sven Hüber, mit ihr und dem Publikum.
Foto: Hagen Immel



Intensive Nachfrage: hier von GdP-Bundesjugendvize Martin Meisen.
Foto: Hagen Immel





Senioren als Tagungsgruppe: Mit dem Wissen großer Lebenserfahrung verfolgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GdP-Seniorengruppe die hochinteressanten Vorträge. Bundesseniorenvorsitzender Winfried Wahlig (sitzend 2.v.l.): „Viele von uns haben in ihrer Polizeiausbildung wenige Jahre nach dem Krieg, noch letzte „Nachwirkungen“ aus einer diktatorischen Zeit zu spüren bekommen, und wollen so etwas unserer heutigen Bürgerpolizei nicht mehr wünschen.“

Foto: Hagen Immel

die der Populismus in Europa für Demokratie, Gesellschaft und Rechtsstaat verursacht. Gabriel und de Maizière mussten aber aufgrund einer wichtigen namentlichen Abstimmung im Bundestag kurzfristig absagen.

Nicht minder interessant und kontrovers war das Gespräch, das in neuer Konstellation zustande kam. Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, und IT-Unternehmerin Hofstetter diskutierten mit Malchow unter anderem über die Bedeutung der politischen Bildung und die Auswirkungen des Generationenkonflikts in Bezug auf die digitale Revolution. „Siri, bitte antworten Sie dem Moderator“, entgegnete der GdP-Chef auf die Moderatorenfrage, ob er nach dem Vortrag Hofstetters die Rolle der sozialen Medien anders bewerte. Der Gedanke, der ihm im Hinblick auf die neue Technik komme, sei, welche Veränderungen diese für einen selbst und die Polizei bedeute. „In einer Welt, in der immer weitere technische Hilfsmittel hinzukommen – vom Taschenrechner bis zur scheinbar allwissenden, omnipräsenten Suchmaschine mit Instant-Wissen – müsse man sich fragen, ob diese Bequemlichkeit nicht etwas mit einem macht.“

„Wischen ist keine digitale Kompetenz“, meinte Hofstetter. Kinder und Jugendliche müssten im Umgang mit der digitalen Technik mehr lernen

als nur die Anwendung. „Die digitale Kompetenz geht tiefer in die Informatik und Mathematik rein“, so die Juristin. „Die Technik macht etwas mit uns, wenn wir sie täglich anwenden, und sie verändert uns auch. Aber ändert sie die Gesellschaft nur zum negativen?“

„Ich glaube nicht, dass die Digitalisierung den Untergang des Abendlandes auslöst“, sagte Hüber. Im Laufe der Geschichte hätte es bei technischen Revolutionen immer Ängste gegeben. „Gesellschaftliche Prozesse können nicht ohne Konflikt ablaufen“, erklärte der Gewerkschafter. Man müsse sich eben mit der Digitalisierung gesellschaftlich auseinandersetzen. Dazu gehöre, dass man sich frage, wie und nach welchen Werten man gesellschaftlich zusammenleben wolle.

Hofstetter nannte die Finnen als gutes Beispiel, wie man im Umgang mit den sozialen Medien resilienter gegenüber Fake News werden kann. „Die Finnen haben eine gute politische Bildung. Sie wissen, dass sie beispielsweise vor Wahlen Fake News aus Russland erhalten.“ Finnland sei ein gutes Beispiel dafür, wie man politische Bildung auch für den digitalen Raum in den Schulen anstoßen müsse. Als negatives Beispiel für Populismus nannte Hofstetter Österreich, wo sie selbst auch einen Wohnsitz hat. Seit die FPÖ mitregiere, habe Österreich eine deutlich nach rechts gerichtete

Entwicklung durchlaufen, die dazu führe, dass sie sich zunehmend unwohl fühle. Als einzigen Ausweg müsse man ganz beherrzte Demokratiepoltik machen. „Wir brauchen ein ganz klares Bekenntnis zur Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft.“

Malchow sagte, Populismus habe auch mit Ängsten zu tun, die Nutzung moderner Technik mit einer Art Verführung. Diese führe möglicherweise zum Verlust von Normalität. Apokalyptische Weltbilder seien der Resonanzboden, so Hüber, auf dem Populismus entstehen könne. Natürlich würden durch den technologischen Fortschritt Ansprüche an die Gesellschaftsformation gestellt, „wie wollen wir zusammenleben“. Diese Prozesse seien nicht konfliktfrei.

Malchow machte seinen Standpunkt deutlich: „Wir müssen nicht hinter jeder Meinung hinterherlaufen“. Mit Blick auf den im November stattgefundenen GdP-Bundeskongress verwies er auf den damaligen viel beachteten Redebeitrag Hübers. Seine klaren Worte „was haben wir mit ihnen (AfD, die Red.) zu besprechen“ hätten ihm aus dem Herzen gesprochen, sagte der GdP-Chef. Hüber habe in seinen Ausführungen „extrem anrührend“ Werte vermittelt, die schon die Gründungs-väter unserer Organisation festgelegt hätten. Die GdP müsse sich mit den aktuellen Entwicklungen des Populismus auseinandersetzen, sagte Malchow.

Hüber warf einige Stichpunkte in die Runde: die Auseinandersetzung beispielsweise über die Ereignisse in Plauen oder Chemnitz, offene Debatten übers Einsatzverhalten, mehr politische Bildung für die Kolleginnen und Kollegen, nicht nur der Austausch in Chatgruppen sozialer Medien, „wenn wir wollen, dass Polizei im Wertekanon auf dem Boden der Verfassung ihre Aufgabe für den Bürger erfüllt“. Er appellierte an die polizeilich Verantwortlichen in Bund und Ländern, „wir brauchen in diesem Land nicht nur Psychologen, sondern auch mal wieder Politologen“.

Malchow unterstrich zugleich, er glaube nicht, dass Polizei eher empfänglich sei für populistische Parolen als andere Berufsgruppen. Jedoch erkenne er, dass nach Einsätzen immer seltener Kolleginnen und Kollegen Zeit hätten, „Kopf und Herz zu reinigen“. Wichtig sei, mit Aus- und Fortbildung dieser womöglichen Empfänglichkeit entgegenzutreten. Dies sei auch ein Anlass für diese Veranstaltung gewesen.





Wünsche brauchen Kröten. Keine Märchen.

Der Online-Wunschkredit
der BBBank¹ – 100 Euro Bonus sichern²

2,95%¹

effektiver Jahreszins,
2,91 % Sollzinssatz p. a. fest
bei einer Laufzeit von 24 Monaten,
Nettodarlehensbetrag: 5.000 Euro.

Repräsentatives Beispiel:
Nettodarlehensbetrag: 5.000 Euro
Sollzinssatz p. a. fest: 2,91 %
effektiver Jahreszins: 2,95 %
Gesamtbetrag: 5.153,55 Euro
Vertragslaufzeit: 24 Monate
Monatliche Raten: 215,58 Euro
Anzahl Raten: 24
Gesamtkosten: Sollzins während
der Vertragslaufzeit
Darlehensgeber: BBBank eG,
Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe

¹ Kondition freibleibend; bonitätsabhängig
² bei erstmaligem Abschluss einer
FinanzierungPlus; bonitätsabhängig;
Voraussetzung: Genossenschaftsanteil
von 15,- Euro/Mitglied

Einfach online
abschließen!

[www.bbbank.de/
gdp](http://www.bbbank.de/gdp)



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 07 21/141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin





Der Vortrag von Dr. Dirk Götting, Polizeiakademie Niedersachsen, ...

Foto: Kay Herschelmann

Die Polizei und das Scheitern der Weimarer Republik

„Für uns als Polizei ist es nicht egal, ob es sich um Links- oder Rechtspopulismus handelt“, sagte Dr. Dirk Götting, Leiter des Polizeimuseums Niedersachsen, zu Beginn seiner Rede am zweiten Tag der Fachtagung. Der linke Populismus befinde sich außerhalb der Polizei. „Der Rechtspopulismus zielt aufs Innere der Polizei ab, er muss nicht erst reinkommen. Das sind im Zweifel die Kollegin, der Kollege neben Ihnen. Sie sprechen die gleiche Sprache und sehen genauso aus“, so Götting. Und das sei viel gefährlicher, und das passiere in der Form nicht von links. Und das habe historische Hintergründe.

„Ist die Polizei wirklich davor gefeit, wieder eine ähnliche Rolle wie im Nationalsozialismus einzunehmen?“ fragte Götting. Er sprach über die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus und die Bedeutung von Polizeigeschichte sowie der politischen Bildung für die Gegenwart. „Die Rolle und die Funktion der Polizei ist und bleibt das zentrale Thema der polizeihistorischen Bildungsarbeit“, sagte Götting, der auch als Lehrbeauftragter an der Polizeiakademie Niedersachsen tätig ist. „Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass sich so ein historisches Trauma für die Polizei nicht wiederholen darf.“ Doch inzwischen herrsche bei diesem Thema Verunsicherung.

Polizeigeschichte zur Stärkung der Demokratiekompetenz

Politiker des rechten Spektrums fordern eine geschichtspolitische Wende um 180 Grad, so Götting. „Im Sinne des Diktums ‚Wehret den Anfängen‘ bedarf es einer Erweiterung des historischen Blickfeldes: Auch der Weimarer Republik war ihr Scheitern nicht vorherbestimmt“. Die Nationalsozialisten hätten mit ihrer Propaganda geradezu die Blaupause für ihre heutigen Nachahmer, die zunehmend direkter

und unverhüllt alte Strategien und Verhaltensmuster wiederaufleben lassen, geliefert. Dagegen helfe nur die Stärkung des historischen Bewusstseins. Dazu brauche es eine engagierte und andauernde Bildungsarbeit und einen offenen Diskurs. Nur durch den Blick auf die Höhen und Tiefen der demokratischen Entwicklung sei auch die wechselhafte Rolle und Funktion der Polizei zu vermitteln. Polizei- und Demokratiegeschichte diene als Transmission für eine Stärkung der Demokratiekompetenz innerhalb und außerhalb der Polizei.

„Freunde – Helfer – Straßenkämpfer“

Als Teil dieser Bildungsbemühungen habe die Polizeiakademie Niedersachsen ein polizeihistorisches Ausstellungsprojekt initiiert. „Wir versuchen über das Medium einer Wanderausstellung mit dem Titel ‚Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik‘ Besucherinnen und Besucher an Polizei- und Demokratiegeschichte zu interessieren“, erklärte Götting. Die Ausstellung würde von Freiwilligen aus dem Polizeidienst betreut, denen eine Vermittlungsfunktion zukomme. Sie biete ein Forum für einen offenen Dialog. Polizei- und Demokratiegeschichte diene so als Transmission für eine Stärkung der Demokratiekompetenz innerhalb und außerhalb der Polizei.



... animierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu stehenden Ovationen.

Foto: Kay Herschelmann



Relevanz von Polizei- und Democratiegeschichte für die politische Bildung

„Wir leben in einer Zeit, in der geschichtsrelativierende Ansichten immer deutlicher und offener geäußert werden“, sagte Dr. Christoph Kopke, Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. Zunehmend sei eine Entwicklung zu verzeichnen, in der Äußerungen und Bildnisse über Social Media verbreitet werden, die ein positives Bild des Nationalsozialismus beschreiben. Im Rechtsextremismus und in der Protestszene, die man oft als Populismus bezeichne, habe sich in den vergangenen Jahren zunehmend eine Form der Geschichtserzählung entwickelt, die sich um Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft kaum mehr kümmere, so Kopke, dessen Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement ist. In dem Zusammenhang müsse auch die AfD genannt werden.

Eins von drei Beispielen, die der Politikwissenschaftler nannte, ist eine Äußerung von Wilko Möller, Vorsitzender des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder) und Bundespolizist: „Man darf in dieser Demokratie nur noch hinter vorgehaltener Hand seine Meinung sagen. Viele, die einem ihre Meinung mitteilen wollen, schauen sich erst mal um, ob sie was sagen können.“ Möller behaupte weiterhin, es finde eine „Sprachinquisition“ durch den „radikalen linksalternativen Gutmenschenkomplex“ statt. Man bekomme die Worte vorgeschrieben, die man noch nutzen dürfe. So müsse man etwa von



Dortmunder Erklärung

Für ein solidarisches Europa – Gemeinsam die Demokratie stärken

Die Gewerkschaft der Polizei will keine Gesellschaft der Spaltung und Ausgrenzung. „Daher sind die kommenden Wahlen vor allem unsere Wahlen, und nicht die der Populisten“, heißt es in einer Mitte Mai verabschiedeten Dortmunder Erklärung des GdP-Bundesvorstandes. Zuvor debattierten die Gewerkschafter in der Ruhrgebietsstadt intensiv über den Umgang mit populistischen Parteien. Anfang Mai hatte in Berlin eine vielbeachtete GdP-Fachtagung zu den Wirkungen tendenziösen Populismus auf Staat und Gesellschaft stattgefunden.

Die Stabilität unserer Demokratie ist kein Naturgesetz

Wir alle tragen die Verantwortung für eine stabile Demokratie in einem funktionierenden Rechtsstaat. Dafür müssen wir jedoch nicht nur an Wahltagen sorgen.

Wir stehen für Europa, ein Europa des Friedens, der Toleranz, der Solidarität und der Sicherheit.

Rechtsstaat muss Rechtsstaat bleiben

Die in der Polizei arbeitenden Menschen gewährleisten jeden Tag und jede Nacht unseren demokratischen Rechtsstaat. Rechtstreue, Toleranz und Menschlichkeit sind dabei Kompass ihres Tuns. Damit sie diesen Auftrag erfüllen können, muss der Rechtsstaat Rechtsstaat bleiben.

Wir alle können den Feinden Europas eine klare Absage erteilen: mit unserer Stimme für Demokratie und Solidarität.

Anzeige



IM GRUNDE SIND SIE NUR NOCH KÖRPERLICH ANWESEND?

In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

SEIT 1986
30 Jahre
Expertise in
ganzheitlicher
Therapie

In der Habichtswald-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter **0800 - 890 11 01**. Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.

Habichtswald-Klinik
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe · www.habichtswaldklinik.de



Migrantinnen und Migranten statt von Ausländern sprechen. Kopke nannte diesen Vergleich „ungeheuerlich“. „Was wird hier verglichen? Werden Menschen etwa nachts abgeholt, weil sie von Ausländern statt von Migrantinnen und Migranten gesprochen haben?“ Die Antwort sei bekannt. Weiterhin seien eben solche als zensierte Meinungen propagierte Äußerungen fast täglich in den Medien zu vernehmen. Kopke erklärte, dass solche Behauptungen und Geschichtsvergleiche demokratisch gefasste Beschlüsse und den Stand einer gesellschaftlichen Debatte in die Nähe des Holocaust rücken würden.



Kann politische Bildung hier helfen?

Um gegen solches von der Geschichte abgelöstes Gedankengut vorzugehen, könne politische Bildung bedingt helfen: „Wenn manche dieser Äußerungen aus Uninformiertheit entstehen, kann politische Bildung gegensteuern“, so der Wissenschaftler. Politisch informierte Bürger dürften für die Parolen weniger empfänglich sein. „Menschen, die wider besseren Wissens so agieren, werden sich kaum beeindrucken lassen. Harte Rechts-extremisten wird man mit ihr nicht erreichen. Aber diese Leute wollen wir auch nicht in der Polizei haben.“

Politische Bildung sowie Unter-richtung in Demokratie- und Polizei-geschichte können laut Kopke dazu beitragen, dass das demokratische Bewusstsein gerade bei jungen Poli-zeibeamtinnen und -beamten sowie

Prof. Dr. Christoph Kopke, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin stellte die Relevanz von Polizei und Demokratiegeschichte für die polizeiliche Bildung eindrücklich dar.

Foto: Hagen Immel

bei Anwärterinnen und Anwärtern gestärkt werde. Aber: „Politische Bildung ist keine politische Feuerwehr, sie ist keine Umerziehungsmaßnahme. Sie setzt eher auf langfristige Veränderungsprozesse.“

Komplexere Themen allgemeinverständlich und uncodiert vermitteln

GdP-Vize Schilff sagte als Fazit, dem Treiben rechts- und linkspopulistischer Demagogen könne nicht von heute auf morgen Einhalt geboten werden. Den richtigen Zeitpunkt hätten vor allem die etablierten Parteien verpasst. Es sei womöglich falsch gewesen, auf den tendenziösen Populismus von Grup-

pierungen und neuen Parteien mit gleicher Münze zu reagieren. „Jemanden zu verteufeln, birgt nun einmal die große Gefahr, ihn ungewollt in eine Märtyrerrolle zu schieben. Ihn dagegen als Schaumschläger und Wellenreiter zu entlarven, verspricht deutlich größere Erfolgsaussichten“, betonte er. Es müsse möglich sein, selbst im politischen Wettkampf komplexere Themen allgemeinverständlich und uncodiert zu vermitteln. Das sei Populismus im besten Sinne, sagte der Gewerkschafter.

Schilff schlug vor, junge Menschen wesentlich intensiver auf den Umgang mit sozialen Medien und digitaler Informationsverbreitung vorzubereiten. Gleichzeitig müsse auch bei möglichst vielen der Wille, Dinge kritisch hinterfragen zu wollen, geweckt werden.

Reise & Erholung

Anzeige

[www.Polizei
DeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift,
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,-€,
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,
W. Schober, 96126 Pfaffendorf

[www.
Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)

CanKick
...prickelnd anders

TOP ANGEBOT
1x Rafting
1x Canyoning
1x Grillen & Foto CD

Angebot pro Person
nur € 109,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 664 2838055
info@cankick.at // www.cankick.at

A photograph showing a group of people in a yellow and red raft navigating a turbulent river. They are wearing safety gear and holding paddles.

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

A photograph of a person in a white helmet and dark clothing, sitting in a raft on a river, holding a paddle.

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen

Action-Urlaub in Haiming / Tirol!

Spezialpreise für Polizeigruppen!

Rafting Imster Schlucht + Canyoning Auerklamm
+ 2 Übernachtungen mit Frühstück in unserem Hause und 2x Abendessen Buffet
Preis: € 189,- p. P.

Anmeldungen / Angebote unter:
Outdoor Refugio Otto
Alte Bundesstraße 44
A-6425 Haiming / Tirol
Tel. 0043 5266 888 65
Mobil 0043 680 11 68 408
E-Mail: info@outdoor-refugio.com
www.outdoor-refugio.com



Migration als „Mutter aller Probleme“?

Von Hülya Duran



(v.l.) Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen im Mai in Ulm: Über die Themen des zweitägigen Treffens unter dem Motto „Vielfalt: Herausforderung und Chance für unser Land“ berichteten Annette Widmann-Mauz (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Manne Lucha (Bündnis 90/Die Grünen), Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg, und Gunter Czisch (CDU), Oberbürgermeister von Ulm. Foto: Stefan Puchner/dpa

Mit scharfen Worten kritisierte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet im Sommer vergangenen Jahres den Bundesinnenminister. Horst Seehofer hatte nach den Ausschreitungen in Chemnitz die Migrationsfrage als „Mutter aller politischen Probleme“ in Deutschland bezeichnet. Derartige Äußerungen hochrangiger Politiker bestärken rechtsradikale Gruppierungen und führen dazu, noch mehr Hetze und Angst in der Bevölkerung zu verbreiten. Angesichts solcher Aussagen verfestigt sich der Terminus der Ausländerkriminalität endgültig, und es entsteht eine eigene Dynamik. Die Worte des Ministers fielen nach der Tötung eines 35-Jährigen in Chemnitz. Die mutmaßlichen Täter waren zwei Männer aus Syrien und dem Irak. Die Gewalttat löste Kundgebungen und Aufmärsche rechter Gruppierungen in der sächsischen Stadt aus.

Erstmals größere Aufmerksamkeit hierzulande hat das Thema Ausländerkriminalität im Herbst 2015 erhalten, als die Grenzen Deutschlands für Schutzsuchende geöffnet wurden. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sind bis heute umstritten. Für Negativschlagzeilen im Zusammenhang mit der Kriminalität von Ausländern und Migranten sorgte die sogenannte Kölner Silvesternacht. Danach stellte sich die Frage nach Kontrolle und Freizügigkeit von Ausländern in Deutschland von neuem und wurde intensiv diskutiert.

Nach diesen Ausschreitungen nahm Deutschland im Besonderen eine dominierende Rolle im Bereich der Kriminalität gegen Ausländer und Migranten ein: wöchentliche Demonstrationen rechtsradikaler Gruppierungen, Hetzjagden gegen Flüchtlinge, Brandstiftungen und gewalttätige Angriffe auf Asylheime, Belästigung und Diskriminierung von Flüchtlingen.

2017 wurden mehr als 1.900 Angriffe auf Flüchtlinge und 313 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet.

Wie stark der Rechtspopulismus in Deutschland geworden ist, ist vor allem anhand von Wahlergebnissen in Deutschland (2017) festzustellen, bei der die Alternative für Deutschland (AfD) 92 Sitze im Bundestag erhalten hat und mit 12,6 Prozent die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Seit der Landtagswahl in Hessen Ende Oktober 2018 ist die AfD zudem in jedem deutschen Landesparlament vertreten.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass es durchweg immer einen bestimmten Anteil an Antisemiten, Rassisten, Rechtsradikalen und Rechtsextremen in Deutschland gegeben hat. Fraglich ist jedoch, wie Einzelfälle zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem instrumentalisiert und eine überaus heterogene Gruppe als kriminell diffamiert werden kann.

Rückläufige Tendenz

Dass die Migration keineswegs die „Mutter aller Probleme“ ist, beweisen die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vom Bundesinnenministerium. Bundesweit wurden 2018 5.555.520 (2017: 5.761.984) Straftaten registriert. Im Bereich der Tatverdächtigen liegt die Zahl bei 2.051.266. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 2,9 Prozent dar. Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen an den Straftaten beträgt 1.342.886 (2017: 1.376.450 – Rückgang um 2,4 Prozent). Der Anteil der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt 708.380. (2017: 736.265 – Rückgang um 3,8 Prozent) und hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Der Rückgang der Fall- und Tatverdächtigenzahlen liegt in der stark gesunkenen Anzahl der ausländerrechtlichen Verstöße, die naturgemäß nur von Ausländern begangen werden können (zum Beispiel unerlaubte Einreise und unerlaubter Aufenthalt) und im Zusammenhang mit den Migrationsströmen begründet werden.

Im Vorjahr wurden zudem bundesweit 163.063 (2017: 179.848) ausländerrechtliche Verstöße erfasst. Die Fallzahl ist im Vergleich zu 2017 um 9,3 Prozent gesunken. Insbesondere weniger Delikte bei „unerlaubter Einreise“ (2018: 39.476, 2017: 50.147)

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com





DP-Autorin Hülya Duran ist in Deutschland geboren und hat kurdische Wurzeln. Nach dem Abitur und einigen Zwischenstationen hat die heute 29-Jährige ein Polizeistudium absolviert und arbeitet für die Polizei Nordrhein-Westfalen im Bereich Münsterland. Sie spricht neben Deutsch und ihrer kurdischen Muttersprache noch türkisch, englisch, spanisch und arabisch. In ihrer Freizeit hilft sie als ehrenamtliche Nachhilfelehrerin im „Farids QuailFighting e.V.“ sozialbenachteiligten Kindern und Jugendlichen in Münster.

Foto: privat

sowie „unerlaubten Aufenthalt“ (2018: 106.860, 2017: 116.344) sind für den starken Rückgang verantwortlich.

Regionale Unterschiede

Hinsichtlich der Kriminalitätsverteilung nach den einzelnen Bundesländern werden Sachsen und Nordrhein-Westfalen (NRW) im Folgenden besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Sachsen hat sich in den letzten Jahrzehnten als Hochburg rechtsradikaler Gruppierungen etabliert und durch politisch motivierte Gewalt für vielerlei Negativschlagzeilen gesorgt. Fraglich ist, wie hoch der Anteil der Ausländer und Migranten in diesem Bundesland ist, und ob es wirklich Anlass zu rechtsextremen Gewalttaten gibt. Als Gegenbeispiel wird NRW genommen, das flächenmäßig als viertgrößtes Bundesland gilt und zudem als Land mit der höchsten Bevölkerungsdichte.

Sachsen weist knapp 4 Millionen Einwohner auf (NRW: 17,91 Millionen). Der Anteil der Ausländer an der sächsischen Gesamtbevölkerung betrug im Jahr 2017 4,4 Prozent, der Anteil der Menschen mit einem Migrationshintergrund beträgt 7,2 Prozent (NRW: Anteil Ausländer 12,8 Prozent; Anteil Migranten: 28,4).

Im Freistaat Sachsen wurden 2018 insgesamt 278.796 (2017: 323.136) Straftaten erfasst (NRW 2018: 1.282.441) und stellt somit einen Rückgang von 13,8 Prozent dar. Dabei wurden 88.821 Tatverdächtige ermit-

telt (NRW 2018: 457.275). Unter den Tatverdächtigen im Freistaat waren 19.083 nichtdeutsche Staatsbürger. Die Anzahl der deutschen Tatverdächtigen an diesen Straftaten lag bei 69.738. Diese Werte zeigen, dass in Bezug auf die Kriminalitätsstrukturen von Ausländern und Migranten ein enormer regionaler Unterschied besteht und die Kriminalität dieser Personengruppe keineswegs zu verallgemeinern ist.

Gefahr: Zuweisung junger Ausländer in Ballungsgebiete

In diesem Kontext ist es umso wichtiger, den Ursachen der Kriminalität von jungen Ausländern und Migranten nachzugehen. Interessant ist dabei vor allem die Sichtweise und Reaktion der deutschen Politik im Hinblick auf die Ausländerkriminalität. Flucht und Vertreibung haben in der Menschheitsgeschichte schon immer eine Rolle gespielt. Die Gründe waren vielfältig, nicht zuletzt in den Jahren 2014/2015 aus religiösen, ethnischen und politischen Gründen. Auch die Fluchtorte waren nicht nur innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen, sondern immer häufiger auch außerhalb der eigenen Grenzen. Wo unterschiedliche Kulturen und Religionen im Aufnahmeland aufeinandertreffen, birgt dieses auch Gefahren und Konflikte. Eine der größten Gefahren stellt die Zuweisung der Ausländer und Migranten in Ballungsräume, in denen sich bereits die Krisen der Gesellschaft widerspiegeln. Es ist auch kein Geheimnis, dass die Mehrzahl der Ausländer und Migranten männlich, jung und ärmer ist als der Durchschnitt und in Großstädten lebt.

Laut Untersuchungen zur Kriminalitätsgeografie fördert das Großstadtleben und das dort vorhandene Milieu bestimmte Kriminalitätsfaktoren, die sich dann auf die ausländischen und einheimischen Bevölkerungsgruppen ausdehnen. Dass sich das Großstadtleben auf die Kriminalität bestimmter Gruppen auswirken kann, belegt die PKS. So kann bei Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern festgestellt werden, dass sich die Kriminalitätsbelastung enorm unterscheidet: Je mehr Einwohner eine Stadt verzeichnet, desto höher die statistische Anzahl der dort registrierten Straftaten. Dominierend sind etwa Städte wie Berlin (circa 3,5 Millionen Einwohner), Hamburg (circa 1,7 Millionen Einwohner), Köln (circa 1,06 Millionen Einwohner) sowie Mün-

chen (circa 1,4 Millionen Einwohner).

In diesen Städten ist die Integration nahezu unmöglich. Problematisch ist auch, dass der integrationsfähige und integrierende Bevölkerungsanteil schwächer wird. So steht der Bevölkerungsschicht, die integrationswillig ist, eine Gruppe gesellschaftlich marginalisierter Menschen gegenüber. Folglich ist es nicht unüblich, dass Familien mit beruflichen Kompetenzen und einer guten wirtschaftlichen Lage diese Gegenden verlassen. So entsteht in diesen Gebieten eine ethnische und soziale Segregation, die die Türen für Parallelgesellschaften öffnet

Eine Lösung könnte die gesetzliche Umverteilung sein. Durch gesetzliche Umverteilung können gewisse Problemviertel wie in Essen oder Duisburg-Marxloh vermieden werden. Seit Jahren haben sich in diesen Bereichen Parallelgesellschaften gegründet, die nach ihren eigenen Rechtssystemen leben. Behörden wie die Polizei warnen bereits davor, dass in diesen Gebieten Banden ganze Straßenzüge im Griff haben (Stichwort Clankriminalität). Folglich ist die staatliche Kontrolle in einigen Teilen Deutschlands schwieriger durchzusetzen und damit auch die Garantie öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Um solche sozialen Brennpunkte und Parallelgesellschaften zu verhindern, erscheint die Zuweisung zu Wohnorten per Gesetz, Wohnsitzauflagen und die Residenzpflicht als vorteilhaft, auch um den Machtstrukturen von Clanmitgliedern und der einiger Bevölkerungsgruppen in diesen Vierteln entgegenzuwirken.

Bildung junger Ausländer als Problem

Ein weiteres Problem, das mit der Sozialstruktur einhergeht, ist die scheinbar mangelnde Bildung junger Ausländer und Migranten. Analysen zur Lebenssituation ausländischer Jugendlicher zeigen, dass gerade sie im Vergleich zu den Einheimischen in überdurchschnittlichem Maße von Armut, Perspektivenlosigkeit, sozialer Randlage sowie der Brüchigkeit von familiären und gemeinschaftlichen Netzwerken sowie sozialer Desorganisation betroffen sind. Viele erreichen durch diese Faktoren einen deutlich niedrigeren Bildungsabschluss, sind in weit überdurchschnittlichem Ausmaß von Arbeitslosigkeit und fehlenden beruflichen Perspektiven betroffen.



PRÄVENTION IST UNSER JOB!



vdp-polizei.de

- Vielfältige Medienauswahl für alle Altersklassen und Zielgruppen
- Umfangreiche Informationen für Unterstützer und Partner

Der Maßstab im Polizeibereich

Der VDP ist als Verlag und 100%ige Tochter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) speziell den Interessen der Polizeibeschäftigten verpflichtet.

Damit haben wir den großen Vorteil der Nähe zur polizeilichen Praxis, was uns zum führenden Verlag im Polizeibereich macht.



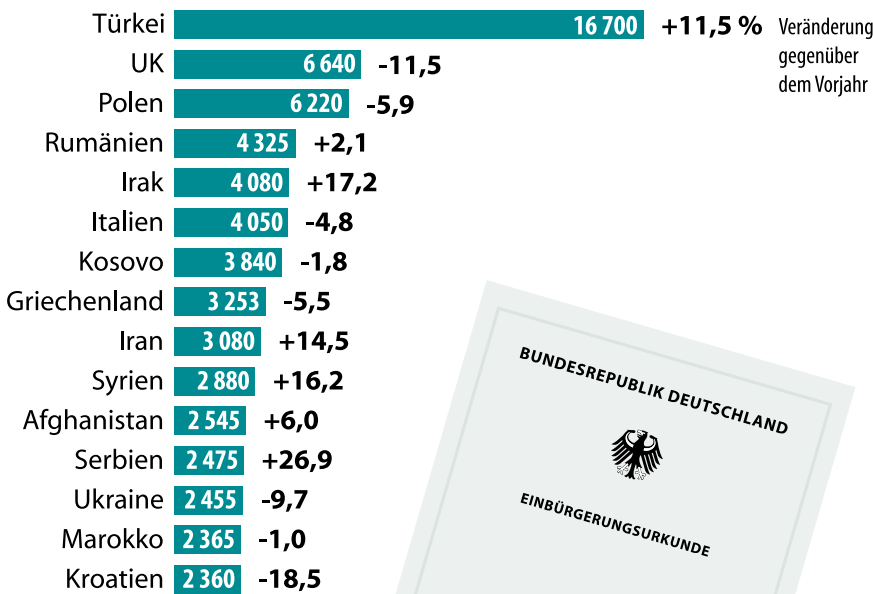
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Einbürgerungen in Deutschland 2018

Im Jahr 2018 wurden 112 340 Ausländer in Deutschland eingebürgert.



dpa-30312

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die ausländischen Kinder- und Jugendlichen haben zudem bis heute noch immer nicht den gleichen Umfang an Teilhabe am Bildungserfolg wie deutsche Schüler. Ganz im Gegenteil, die Kluft zwischen diesen beiden Gruppierungen ist weiter auseinandergegangen. Ein gutes Beispiel stellt Berlin-Neukölln dar. Der Bezirk zählt 330.786 Einwohner (Stand Juni 2018), davon haben 55 Prozent (Stand Oktober 2018) einen Migrationshintergrund. In Neukölln liegt die Abiturquote der Migrantenkinder bei 29,2 Prozent, und die Zahl der Schulabbrecher mit einem Migrationshintergrund beträgt in diesem Bezirk 15,5 Prozent.

Der ehemalige Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky kritisierte diese Bildungspolitik und sprach von einer „Chancenungleichheit zwischen Migranten und Deutschen im deutschen Bildungssektor“. Demnach habe die Bildungspolitik seit Jahrzehnten nach Beginn der Einwanderung es immer noch nicht geschafft, Schüler unabhängig von ihrer Herkunft zu integrieren.

Förderung der Chancengleichheit

Ein Lösungsansatz: Es sollte eine höhere Chancengleichheit beider Grup-

pierungen bestehen, vor allem hinsichtlich der Teilhabe in Bereichen wie Arbeit, Bildung und die Einbindung in die Gesellschaft. Denn nur durch eine kulturelle Öffnung des Aufnahmelandes und der hiesigen Gesellschaft kann der gesellschaftliche Zusammenhang gestärkt und die Integration gefördert werden. Wie wichtig die Chancengleichheit in Deutschland ist, und wie riskant die Relativierung dieses Bereiches ist, zeigen Tatsachen in Bezug auf die Erwerbs- und Arbeitslosigkeit oder geringfügige Beschäftigung. Diese, mit denen der Lebensunterhalt kaum bestritten werden kann, führen dazu, dass viele Ausländer und Migranten auf Transferleistungen angewiesen sind.

Ebenfalls anzumerken ist das große Defizit im Bereich der Asylpolitik. Problematisch ist, dass das Asylverfahren teilweise über Jahre hinweg andauern kann und dadurch es den Asylbewerbern untersagt ist, in dieser Zeit eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Somit wird ihnen die Chance genommen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen und somit auch selbst zur Integration beizutragen. Die Folge ist, die jahrelange Dauer des Asylverfahrens, die Staatenlosigkeit und weggeworfene Pässe. Diese Faktoren führen zu einer Dauerduldung über Jahrzehnte.

Die Folgen sind Geldmangel, Langeweile und damit die erhöhte Motivation kriminelle Handlungen zu

begehen. Die Enttäuschung über den fehlenden Zugang zu den als wertvoll erachteten Ressourcen erzeugt Frustration, die sich als Aggression oder in alternativen Wegen der Beschaffung niederschlagen. Von Nöten wäre, das Asylverfahren zu beschleunigen. Dies läge vor allem auch im Interesse aller Schutzsuchenden. Hier wäre eine Verbesserung der Verfahrensabläufe anzuraten, die Mitarbeiterschulung hinsichtlich des kulturellen Austausches und Verständnisses, vor allem bei traumatisierten und vor Krieg geflüchteten Flüchtlingen sowie die Weiterentwicklung von Anhörungs- und Entscheidungstechniken.

Multikulturell geprägte Bevölkerungsstruktur

Dies alles sollte unsere Gesellschaft jedoch nicht verängstigen oder gar dazu verleiten, Hass zu entwickeln. Ganz im Gegenteil, es sollte uns motivieren, unser demokratisches Land noch attraktiver zu gestalten und aufzuzeigen, wie hoch die Menschenwürde hier eingestuft ist. Was wir brauchen, ist eine multikulturell geprägte Bevölkerungsstruktur in allen Stadtteilen. Multikulturell bedeutet in dem Sinne, eine Mischung aus starken und schwachen Familien, deutschen und ausländischen Familien, anspornende Vorbilder und Menschen mit Verantwortungsgefühl. Von hoher Notwendigkeit ist und bleibt auch die Bildung der Ausländer und Migranten. So stellt die Förderung der Bildungsbeteiligung von Ausländern und Migranten eine wichtige Rolle im Bereich der Verringerung von Delinquenzrisiken. Denn je besser deren Einbindung in das Bildungssystem gelingt, desto mehr verliert gewaltsames Verhalten an Attraktivität.

Keinesfalls soll hier die Kriminalität von Ausländern oder Migranten kleingeredet werden. Jedoch bringt es der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dieses Landes wenig, diese Aspekte als „Mutter aller Probleme“ heraufzubeschwören. Vielmehr bedarf es hier eines klaren staatlichen Handelns und keiner Hysterie rechtsradikaler Gruppierungen, die ihren Zorn auf Grundlage von Gefühlen statt Fakten schüren. Dies erkannte auch Außenminister Heiko Maas, der nicht die Migration, sondern den „Nationalismus als Mutter aller politischen Probleme“ nannte und die Migranten als eine Bereicherung der deutschen Gesellschaft bezeichnete.



Stapellauf des ersten Symposiums Polizeiverwaltung vorbereitet

Die tägliche Arbeit der Polizei ist von den verschiedensten Aufgabenfeldern geprägt. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizeiverwaltung leisten hierbei einen wesentlichen Bestandteil, damit die Polizei ihrem Gesamtauftrag nachkommen kann. Die Probleme sind in den einzelnen Bundesländern überwiegend gleich.



Foto: Hans Jürgen Marker

Aus der Personalnot heraus werden exekutive Kolleginnen und Kollegen in aufgabenfremden Tätigkeitsfeldern eingesetzt. Der Einsatz von fachausgebildetem Personal gestaltet sich immer schwieriger. Sowohl die Personalgewinnung als auch -bindung stellt die Personalverwaltungen vor enorme Herausforderungen. Anstehende Maßnahmen zur Digitalisierung und damit verbundene Projekte sowie die ständig wechselnde Rechtsprechung erhöhen die Anforderungen an den täglichen

Arbeitsablauf. Die Aufgaben in den Polizeiverwaltungen können nur mit motiviertem und qualifiziertem Personal bewältigt werden. Nur so können die Kolleginnen und Kollegen der operativen Bereiche entlastet und unterstützt werden, um der Polizeiarbeit vollumfänglich nachzukommen.

Der Bundesfachausschuss (BFA) Polizeiverwaltung setzt sich als Gremium aus den einzelnen Bundesländern für die Kolleginnen und Kollegen der Polizeiverwaltung dafür ein, sowohl die Rahmenbedingungen zu verbessern,

als auch bei den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen dazu beizutragen, dass die kompetente, funktionsfähige Polizeiverwaltung unter Beachtung des Fürsorgegedanken des Dienstherrn im Fokus steht.

Erstmals Verwaltungssymposium

Aus dem vom BFA Polizeiverwaltung erarbeiteten Positionspapier ergibt sich weiterer Handlungsbedarf. Daher wird es am 28. und 29. November in Potsdam das erste Verwaltungssymposium geben. Hier wird die Grundlage geschaffen, sich intensiver mit den Problemfeldern beschäftigen zu können. Besonders interessante Vorträge und Arbeitsgruppen erwarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in die weitere Arbeit des Bundesfachausschusses Polizeiverwaltung einfließen.

Es lohnt sich, dabei zu sein. Nur gemeinsam können wir dazu beitragen, dem Gesamtauftrag der Polizei nachzukommen.

Michael Laube/Daniel Piotrowski

Kapitalmarkt

Anzeige

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Vorteile:
 - Vorteilszins für den öffentl. Dienst
 - Umschuldung: Raten bis 50% senken
 - Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit
2,50% echter Vorteilszins

 effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE Teuere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Unser bester Zins aller Zeiten
 Repr. Beispiel gemäß §6a PangV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lzf. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
 Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 378180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Diakonie
Katastrophenhilfe
 www.diakonie-katastrophenhilfe.de
 Spendenkonto 502 707
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

PECUNIA GmbH seit 1980
Zinsgünstiges Darlehen
 für Beamte, Angestellte, Rentner bis
 95 Jahre. Ohne Auskunft bis € 15.000
Tel. 02 01/22 13 48
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
 www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
 Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

JETZT INFORMIEREN!
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal



KRIMINOLOGIE

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Ines Zeitner**.

3. Auflage 2016

Umfang: 392 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0771-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 18,99 € [D]

Dieses Fachbuch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie, die für die Fachhochschulausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorgesehen sind. Aufbau und Gliederung des Werks sind eng an die Lehrpläne angelehnt, wie sie bundesweit eingesetzt werden.

Der erste Teil des Buches bietet zunächst einen Überblick über wesentliche Grundlagen der Kriminologie und stellt dabei insbesondere die polizeiliche Aufgabenbewältigung anwendungsbezogener Kriminologie in den Mittelpunkt. Eine Einführung in die Bedeutung und Methodik kriminologisch-kriminalistischer Kriminalitätsanalysen leitet den zweiten Teil des Buches ein, der in Deliktsanalysen systematisch zahlreiche Einzeldelikte in der in Lehre und Praxis angewendeten schematisierten Form darstellt.

Für diese Neuauflage wurde der Inhalt des Buches von den Autoren überarbeitet und aktualisiert sowie die Systematik der Deliktsanalyse neben der „Phänomenologie“ und „Ätiologie“ um den Gliederungspunkt „Kriminalitätskontrolle“ erweitert. Fallrepetitorien erleichtern dem Leser den Transfer von der Theorie zur Praxis und bilden damit eine wertvolle Hilfestellung für die Prüfungsvorbereitung.



DIE AUTOREN

Horst Clages, Leitender Kriminaldirektor a.D. und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

Ines Zeitner, Kriminaloberrätin, Dozentin für Kriminalwissenschaften und Berufsreflexion an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

GdP-Vize Schilff: Versammlungsrecht fundamental für eine demokratische Gesellschaft

Mehr als 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten im Mai den 24. Deutschen Präventionstag in Berlin. Unter Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey widmete sich der zweitägige Kongress mit 160 Fachvorträgen und Projektspons sowie 180 Ausstellerständen dem Themenkomplex „Prävention & Demokratieförderung“. Die verabschiedete „Berliner Erklärung“ stellt in ihrem Fazit fest, dass es angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen notwendig ist, sich mit dem Verhältnis zwischen der demokratischen Gesellschaftsordnung und der Prävention von Extremismus, Gewalt- und anderer erheblicher Kriminalität zu beschäftigen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Mitglied des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK), fühlt sich seit jeher dem Präventionsgedanken verpflichtet. Kolleginnen und Kollegen der Bundesgeschäftsstelle und des VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH (VDP) präsentierten am GdP-Stand Publikationen der Organisation zu Präventionsthemen und standen als Ansprechpartner zur Verfügung. Vom finnischen Kollegen, der sich über die Arbeitszeiten und Vergütung von Einsatzzeiten bei Großeinsätzen der Polizei in Deutschland informieren wollte, über Lehrerinnen und Lehrer, die GdP-Broschüren für die Arbeit in Schulklassen und bei Elternabenden nutzen wollen, bis zu all denjenigen, die nach Werbemitteln fragten, reichte das Publikum am GdP-Stand.

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff referierte zum Thema „Spannungsfeld zwischen dem Demonstrationsrecht von Bür-

gern und dem gesetzlichen Auftrag der Polizei, für die Sicherheit der Öffentlichkeit zu sorgen“. Der gut besuchte Vortrag regte zu teilweise kontroversen Diskussionen, unter anderem zu den Themen Durchsetzung von Grundrechten wie das Demonstrationsrecht, Gewalt gegen Polizeibeamte und Kennzeichnungspflicht bei polizeilichen Einsätzen an.

Schilff versuchte Akzeptanz für die Aufgabe der Polizei zu gewinnen, gleichzeitig aber auch das Spannungsfeld zu verdeutlichen, dass zwischen dem Demonstrationsrecht der Bürgerinnen und Bürger und dem gesetzlichen Auftrag der Polizei, für Sicherheit der Öffentlichkeit Sorge zu tragen, besteht.

Das Versammlungsrecht sei fundamental für eine demokratische Gesellschaft, sagte der GdP-Vize. Fast 70 Jahre nach Erlass des Grundgesetzes der Bundesrepublik sei dies eines der wichtigsten Grundrechte, damit die politisch Verantwortlichen die Meinung der Bürgerschaft ungeschminkt

übermittelt bekommen. Schilff, der auch Landesvorsitzender Niedersachsens ist, betonte, in einem zunehmend radikaleren politischen Klima in unserem Land seien gewalttätige Ausbrüche öfter an der Tagesordnung. Er verwies darauf, dass es bei den legitimen und verfassungsrechtlich besonders geschützten Demonstrationen von Bürgerinnen und Bürgern auch immer wieder zu Konfrontationen mit der Polizei komme. Mittlerweile würden jedes Jahr tausende Demonstrationen und Kundgebungen angemeldet, allein in Berlin mehr als 5.000.

Die GdP, so Schilff, stehe für Deeskalation und die Sicherung der demokratischen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger: „Die Polizei muss bei Demonstrationen die Ausübung des Versammlungsrechts ermöglichen, egal, um welche Gruppierung es sich handelt. Wir als Gewerkschaft wenden uns jedoch ausdrücklich gegen Protestgruppierungen und -formen, die die Versammlungsfreiheit einseitig interpretieren und ihre offensichtlichen Regelverstöße moralpolitisch überhöhen.“

„Da das Demonstrationsrecht in einer Demokratie ein hohes Gut ist, dürfen an die Frage der Friedlichkeit keine überzogenen Erwartungen gestellt werden“, erklärte Schilff. Das Bundesverfassungsgericht bewerte eine Versammlung erst dann als unfriedlich, „wenn Handlungen von einiger Gefährlichkeit wie etwa Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen stattfinden und nicht schon, wenn es zu Behinderungen Dritter kommt“.

„Auf der anderen Seite sage ich unmissverständlich, ein Missbrauch des Versammlungsrechts durch gewalttätige Aktionen, angezettelt von Einzelnen oder Gruppen, wird von polizeilichen Einsatzkräften nicht geduldet“; betonte der stellvertretende Bundesvorsitzende und ergänzte: „Blinde Zerstörungswut sowie brutale Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten haben nichts mit demokratischer Protestkultur zu tun. Stein- und Flaschenwürfe und brennende Autos sind in der politischen Auseinandersetzung keine Argumente, sondern bleiben Straftaten, die konsequent verfolgt und geahndet werden müssen.“

Norbert Meiners/wsd

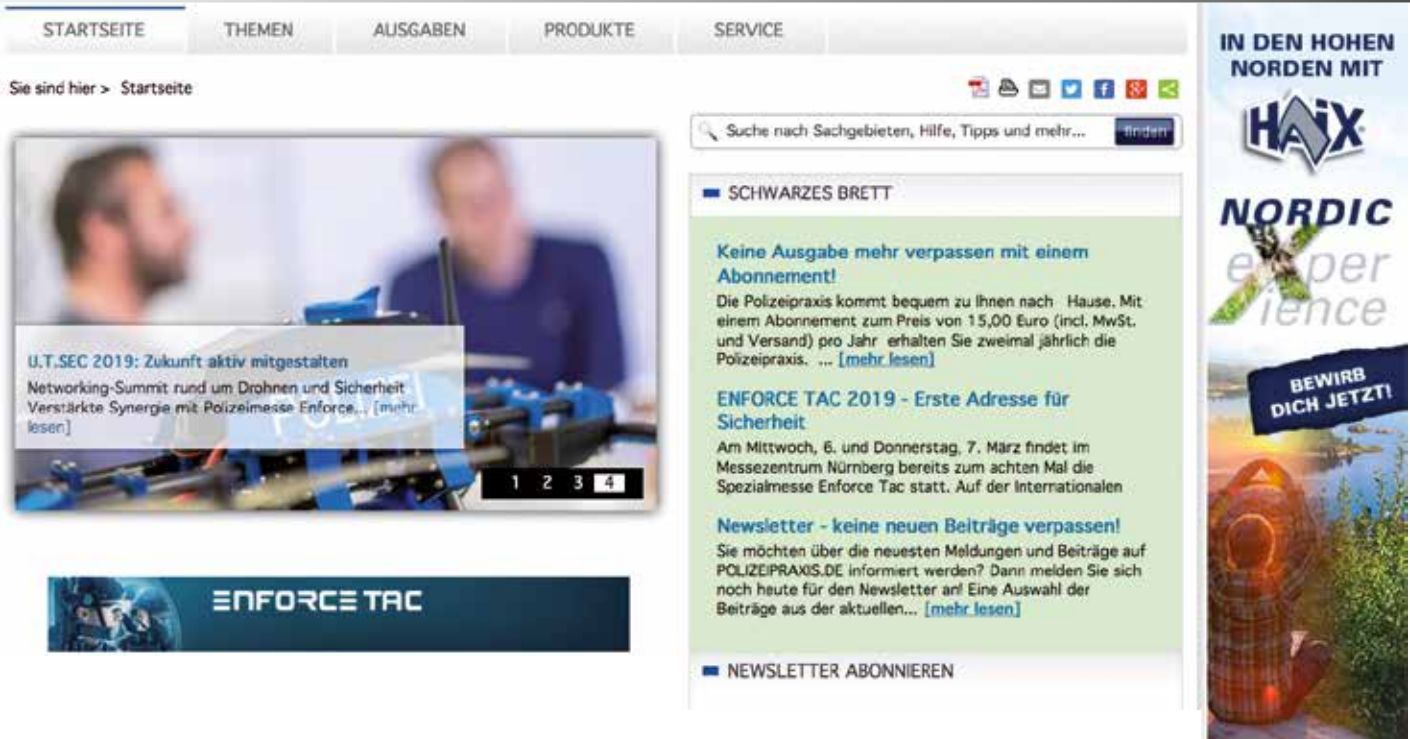


Die GdP-Standbesetzung: (v.l.) Norbert Meiners, Jacqueline Michelsohn, Janine Storch, Antje Kleuker und Dietmar Schilff.

Foto: GdP



POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Ein gerechteres Europa



Gute Stimmung bei den DGB-Delegierten während des Kongresses.

Foto: DGB

Der Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Wien stand im Mai unter der Überschrift „Für ein gerechteres Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. Vor dem Hintergrund der seinerzeit unmittelbar bevorstehenden Europawahl und der Ereignisse in Österreich hätten Zeitpunkt und Ort nicht spektakulärer gewählt werden können.

Offensichtlich hatten die Ausrichter, die Kolleginnen und Kollegen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) eine Vorahnung. Daher ließ es sich der ÖGB-Vorsitzende Wolfgang Katzian in seiner Begrüßungsrede nicht nehmen, sehr pointiert auf die innenpolitischen Verhältnisse im Nachbarland einzugehen, um anschließend den europäischen Bogen zu schlagen und kritisch auf die rechtspopulistischen Entwicklungen in einigen europäischen Staaten einzugehen.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, unterstrich in seiner engagierten Rede den Zusammenhalt der Gewerkschaftsbewegung. „Wir wissen sehr wohl, Europa – die EU – ist in keiner guten Verfassung. Aber wir wissen auch: Europa ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel zu wichtig, als das es scheitern darf. Europa ist ein großartiges Projekt, das unserem Kontinent weitgehend Frieden und Wohlstand gesichert hat“, sagte er.

Luca Visentini als Generalsekretär bestätigt

Auf dem Kongress wurden 590 Anträge behandelt, die in 6 Kapiteln gut vorstrukturiert waren und von den De-

legierten zum Teil sehr leidenschaftlich und kontrovers behandelt wurden. Kritisch betrachtet werden muss die Unwucht der Stimmenverteilung bei den Anträgen und den Wahlen, die die Einheitsgewerkschaften wie den DGB erheblich benachteiligen. Der Mitgliederanteil von 13,6 Prozent halbiert sich beim Stimmenanteil auf 6,8 Prozent. Mit gelebter Solidarität und gerechtem Demokratieverständnis hat dies wenig zu tun. Hier ist der DGB aufgerufen, in der nächsten Wahlperiode Einfluss zu nehmen, dies zu ändern. Bei den Wahlen wurde der Italiener Luca Visentini mit 77 Prozent als EGB-Generalsekretär bestätigt. Neu im sechsköpfigen Generalsekretariat ist die Arbeitsrechtlerin Isabell Schömann, die mit 83,5 Prozent gewählt wurde und sich hervorragend präsentierte. Sie löst auf Seite des DGB Peter Scherrer ab, der nicht mehr zu den Wahlen antrat.

Besonderer Höhepunkt des Kongresses war die Rede des österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen, der mit stehenden Ovation empfangen und verabschiedet wurde. Er zeigte sich erfreut über den Slogan „No jobs on a dead planet“. Gleichzeitig warnte er vor nationalistischen Strömungen. Die Welt ändere sich stündlich und alte Bindungen gin-



(v.l.) Han Busker, Vorsitzender des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV, DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann und GdP-EU-Experte Jörg Bruchmüller.

Foto: DGB

gen verloren. Daher sei die Entwicklung der sozialen Säule in Europa so ungemein wichtig, betonte der Politiker. Und mit dem Hinweis auf seine (belegbaren) starken Sympathien für die Gewerkschaftsbewegung richtete er an die Delegierten die aufmunternde Botschaft: „Solidarität gehört zu Ihrer DNA“.

Jörg Bruchmüller



THEMA STRASSENVERKEHR

Internationalität im deutschen Straßenverkehr

Ein Leitfaden für die Kontrolle
ausländischer Verkehrsteilnehmer

Von **Bernd Huppertz**.

1. Auflage 2015

Umfang: 368 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 26,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0751-2

Dieses Buch ermöglicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Beurteilung ausländischer Fahrzeugführer in fahrerlaubnisrechtlicher sowie ausländischer Fahrzeuge in zulassungs-, versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Es basiert auf dem in drei Auflagen erschienenen Titel „Ausländer im deutschen Straßenverkehr“. Dieser wurde von seinem Autor komplett überarbeitet, aktualisiert und inhaltlich um die Themen „Kennzeichnung elektrisch betriebener Fahrzeuge“ und „Elektrofahrräder“ erweitert. Eine weitere Neuerung sind die farbigen Abbildungen, die mit der Darstellung einzelner Fahrzeuge sowie von Führerscheinen, Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen dem Leser eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei seiner Arbeit bieten.

Fahrerlaubnisrecht

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.

5. Auflage 2015

Umfang: 568 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0746-8

Das vorliegende Werk kombiniert die Anforderungen insbesondere der Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen sowie ausführlichen Fußnotenverweisen auf einschlägige Quellen in Literatur und Rechtsprechung behandelt der Autor die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.



DER AUTOR

Bernd Huppertz, *Polizeihauptkommissar, hauptamtlicher Dozent für das Fach Verkehrsrecht/Verkehrssicherheitsarbeit an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln.*



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Ein Vierteljahrhundert GdP-Bezirk Bundespolizei

Der GdP-Bezirk Bundespolizei beging Ende Mai mit einem Festakt in Potsdam sein 25-jähriges Bestehen. Mit fast 26.000 organisierten Mitgliedern aus Bundespolizei und Zoll ist er der zweitstärkste Bezirk in der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Bezirksvorsitzender Jörg Radek, blickte auf das vergangene Vierteljahrhundert zurück und sagte, fast alles, was heute selbstverständlich erscheint, gehe auf eine Initiative oder Idee der Gewerkschaft der Polizei zurück: Ächtung von Gewalt gegen Polizeibeamte, Namensumbenennung in Bundespolizei, Uniformfarbe, Schulterstücke, Verbesserungen der Ausstattung und Fahrzeuge, neues Tarifvertragswerk (TVöD), Stellenerhöhung in der Verwaltung, Schutzwestenausstattung, Erhöhung von Zulagen und Personalaufwuchs. Selbst verwaltet und selbstbewusst vertritt der Bezirk die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Behörden, dem Parlament und der Politik. Und so ließ es sich

Ex-Bundesinnenminister Otto Schily nicht nehmen, im Rahmen des Festakts in einem Grußwort an die Jahre seiner Amtszeit von 1998 bis 2005 zu erinnern.

Mit ihrem leidenschaftlichen Engagement haben Radek zufolge die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den vergangenen 25 Jahren nicht nur die Bundespolizei weiterentwickelt, sondern auch die Gewerkschaft in der Bundespolizei. Und geht es nach Radek, soll es genauso weitergehen: „Wir wollen auch zukünftig nah bei den Menschen sein. Immer präsent, wo's brennt.“

Die Bundespolizei sei nicht nur ein wichtiger Bestandteil innerhalb der Polizeien in Deutschland, sondern auch in unserer gewerkschaftlichen Inter-

senvertretung, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in seinem Grußwort. Ob im Luftverkehr, auf Bahnhöfen, bei Sicherungsaufgaben oder der Bekämpfung der Schleuserkriminalität, um nur einige Einsatzgebiete zu nennen, die Kolleginnen und Kollegen leisteten tagtäglich eine hervorragende Arbeit im Interesse der inneren Sicherheit. „Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung“, sagte Malchow.

Saskia Galante/wsd



Händedruck mit dem politischen Gegenüber, Otto Schily und Jörg Radek (r.).

Foto: Galante

GdP INTERN

Auf die „richtige“ Ansprache kommt es an

Tagung der der GdP-Werbebeauftragten in Hilden

Mit Spaß bei der Sache sein, Mitglieder begeistern und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) weiter erfolgreich gestalten – darum ging es bei der diesjährigen Tagung der Werbebeauftragten Ende Mai in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden. Besonders erfreut zeigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die positive Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre. Mit 190.000 Mitgliedern ist die GdP weiterhin die mit Abstand weltweit größte und einflussreichste Polizeigewerkschaft.



... mit ganzem Herzen dabei ...

Foto: Michael Rasch

Stand am Anfang der Tagung noch eine intensive Analyse der Mitgliederentwicklung und ein reger Austausch über regionale Strategien zur Neugewinnung auf der Tagesordnung des Expertengremiums, wurde es an den Folgetagen wesentlich unkonventioneller. Mit Michael Rasch

als Trainer und Ideengeber an ihrer Seite machten sich die Werbebeauftragten in lockerer Runde und reichlich Spaß auf den Weg, neue Ideen und Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Mitgliedergewinnung und -bindung zu entwickeln. Schnell befanden sich hierbei Themen wie Image, Werte und

Nutzen sowie deren Vermittlung im Mittelpunkt der Überlegungen.

Eine Mitgliedschaft in der GdP lohnt sich. Denn Mitglieder bekommen mehr Freizeit für die Familie, Sicherheit im Beruf oder Wissen auf Knopfdruck, um nur einige Beispiele zu nennen. Um die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen und die Arbeits- und Lebensbedingungen von Polizeibeschäftigten zu verbessern, braucht es auch in Zukunft eine mitgliederstarke GdP, so die Meinung des Gremiums. Damit dies weiterhin der Fall ist, sollen Mitglieder auch ihren ganz persönlichen Nutzen aus den vielfältigen gewerkschaftlichen Leistungen und Angeboten ziehen können. Und das Beste daran ist, das es dafür häufig nur noch auf die „richtige“ Ansprache ankommt, so das Fazit der Werbebeauftragten am Ende einer sehr aufschlussreichen und spannenden Tagung.

GdP. DEIN BERUF. DEINE GEWERKSCHAFT.

Torsten Rohde



Dein Beruf. Deine Gewerkschaft.

Viele gute Gründe für eine GdP-Mitgliedschaft

Weshalb es sich lohnt, GdP-Mitglied zu sein, und für welche Themen sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) besonders stark macht, stellt jetzt kurz und kompakt das neue GdP-Kartenset „Dein Beruf. Deine Gewerkschaft.“ dar. 13 spannende Motive laden zum Anschauen, Durchstöbern und Mitmachen ein. Wer mehr erfahren möchte, schaut einfach auf die Kartenrückseite. Dort ist in wenigen Zeilen zusammengefasst, warum es GdP-Mitglieder besser haben.

Das neue GdP-Kartenset bringt gewerkschaftliche Leistungen auf den Punkt. So vielfältig wie ihre Mitglieder, so unterschiedlich sind auch die gewerkschaftlichen Angebote der GdP. Die Organisation hat eine ganze Menge zu bieten und so ziemlich für jede und jeden etwas im Angebot. Mitmachen lohnt sich.

Die verschiedenen Karten zeigen aber auch, dass sich nicht nur die Arbeits- und Lebenswelten immer rasanter wandeln, sondern auch der Trend zur Individualisierung weiter voranschreitet. Auch wenn die eigenverantwortliche und selbstbestimmende Arbeits- und Lebensgestaltung viele Vorteile mit sich bringt, gibt es in einer individualisierten Arbeitswelt nicht nur Chancen, sondern auch jede Menge Risiken und Widersprüche.

Dem Drang nach uneingeschränkter Individualisierung und Selbstoptimierung zu folgen bedeutet am Ende auch, ausschließlich für sich selbst verantwortlich und letztlich auf sich allein gestellt zu sein. Diesem Verlust an Gemeinschaft treten Gewerkschaften geschlossen und solidarisch entgegen und zeigen, dass sie als Interessenvertreter von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keineswegs an Bedeutung verloren haben. Sie bieten die Möglichkeit mitzumachen, mitzubestimmen und die Chancen und Risiken einer sich permanent wandelnden Arbeitswelt gemeinsam mitzugestalten.

Wer das Kartenset noch nicht in den Händen halten konnte, kann mit einem Mausklick auch schnell auf unserer Homepage unter www.gdp.de nachschauen und nachlesen. Ganz egal, ob ihr das Kartenset in der Hand haltet oder auf unserer Homepage nachlest, wir wünschen in jedem Fall viel Spaß beim Anschauen und Durchstöbern. Gerne könnt Ihr uns auch Ideen und Anregungen zukommen lassen. Wir freuen uns auf Euer Feedback. Kontakt: torsten.rohde@gdp.de

Torsten Rohde



Damit Du so
gesehen wirst,
wie Du bist.

Dein Beruf.

Deine Gewerkschaft.



Gewerkschaft
der Polizei



Zum Kartenset auf
www.gdp.de



Spannungsfeld und Gratwanderung

Das schwierige Los und die Herausforderungen der Einstellungsbehörden und ihrer Verantwortlichen

Von Wilfried Hofmann, GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei

Die Ausgangssituation: Alle deutschen Polizeien haben momentan und auch in den nächsten Jahren einen hohen Einstellungsbedarf. Und dies in einer Zeit der überwiegenden Vollbeschäftigung, des Fachkräftemangels und einem hohem Konkurrenzdruck durch andere Arbeitgeber – der wirkt im Übrigen auch innerhalb der öffentlichen Verwaltungen. Weiterhin sind in weiten Teilen Deutschlands rückläufige Schülerzahlen festzustellen. Fakt ist: Die Bewerberlage für die Polizei in der Nachwuchswerbung und damit die Auswahlmöglichkeiten für die Einstellungsbehörden sind regional sehr unterschiedlich.

Der hohe Personalbedarf kommt nur scheinbar so urplötzlich und unerwartet. Gut, die Veränderungen und Bedrohungen in der Sicherheitslage waren sicherlich in dieser Dimension so nicht vorherzusehen, die demografische Entwicklung in unseren Reihen hingegen schon. Auch der erhöhte Personalbedarf aufgrund neuerer Kriminalitätsphänomene wie der Cyberkriminalität und anderen neuen Aufgaben war zu prognostizieren. Nach Jahren der Personaleinsparungen in den meisten deutschen Polizeien, einhergehend mit strukturellen Verschlechterungen für den Polizeidienst in Puncto Bezahlung und anderer Leistungen – und das in nicht wenigen Ländern – kommt nun vieles gleichzeitig zusammen. Das stellt für die Nachwuchswerbung und die Einstellungsbehörden eine große Herausforderung dar.

Anforderungen und Erwartungshaltung

Unweigerlich stellen sich somit Fragen: Wie soll und kann es gelingen, ausreichend Bewerber für die Polizei zu finden? Finden wir womöglich nur noch schlechten Nachwuchs?

Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger stellen hohe Anforderungen an künftige junge Polizistinnen und Polizistinnen, sondern auch wir als Organisation Polizei. Und natürlich haben wir auch als Kolleginnen und Kollegen eine hohe Erwartungshaltung an den Nachwuchs. Denn das sind die Kolleginnen und Kollegen von morgen, mit denen wir dann täglich zusammenarbeiten

müssen. Und die Jungen und Neuen sollen natürlich mindestens genau so fit und gut sein, wie wir es damals waren oder zumindest meinten, es gewesen zu sein.

Worum es grundsätzlich geht ...

Der Polizeiberuf ist hierzulande einer der angesehensten und beliebtesten

Berufe. Wir genießen als deutsche Polizei hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Die Polizei hat als Arbeitgeber im bundesweiten Arbeitgeber ranking ein sehr gutes Image. Unser Polizeiberuf ist so vielfältig, abwechslungsreich und spannend, wie kaum ein anderer Beruf. Die grundsätzlichen Anforderungen für eine künftige Polizistin oder einen Polizisten sind im Wesentlichen klar und einheitlich formuliert:

In das Beamtenverhältnis darf und kann nur berufen werden, wer Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, wer in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt und einen guten Ruf besitzt. Zudem ist das Anforderungsprofil für den Polizeivollzugsdienst zu erfüllen. Das Anforderungsprofil für den Polizeivollzugsdienst beschreibt im Wesentlichen folgende Merkmale:



DP-Autor Wilfried Hofmann ist Sachgebietsleiter Nachwuchswerbung und Einstellung im Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Bamberg.

Foto: privat



- Verantwortungsbewusstsein
- Identifikation mit den gesetzlichen und gesellschaftlichen Regeln unseres Lebens und Landes
- Teamfähigkeit
- Flexibilität und Mobilität
- Spaß am Umgang mit Menschen
- physische Fitness und psychische Stabilität
- Entscheidungsfreude
- Intelligenz
- Einsatzbereitschaft und Einfühlungsvermögen
- Gesundheitliche Eignung und Polizeidiensttauglichkeit
- Schwimmfähigkeiten

Problem: Wo ist der Polizeiberuf attraktiver?

Mittlerweile haben sich Länder und Bund in den wichtigen Fragen von Besoldung, Fürsorgeleistungen, Sonderzahlungen, Lebensarbeitszeit oder Arbeitszeit weit auseinander entwickelt. So verdient ein Polizist in der Besoldungsstufe A10 bei der Berliner Polizei im Vergleich zum Beispiel zu einem Kollegen der Bundespolizei fast 450 Euro monatlich weniger. Damit ergibt sich unter Umständen ein regionales Attraktivitätsgefälle. Könnte man hier auch von Gewinnern und Verlierern sprechen? Klar ist jedenfalls, dass dadurch die gegenseitige Konkurrenz angefacht wird – obwohl wir eine Polizei sind und als Polizei alle Top-Arbeitgeber sind.

Problem: Unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen

Das föderale System hat in Teilen zu sehr unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst geführt. Dies ist häufig auf regionale und demografische Probleme im „Personal Recruiting“ zurückzuführen. So reicht zum Beispiel die bundesweite Spanne im Einstellungsalter inzwischen vom 16. bis 39. Lebensjahr (ohne Altersausnahmen). In Bremen gibt es derzeit gar kein Einstellungshöchstalter mehr, hier kann bis zum 45. Lebensjahr in den Polizeivollzugsdienst eingestellt werden. Gleiches gilt beispielsweise

auch für die Mindestgröße: Hier reicht die bundesweite Spanne von keiner Mindestgröße bis zu einer Größe von 165 Zentimetern (cm) mit Ausnahmemöglichkeit wie in Bayern.

Die zweigeteilte Laufbahn führt im Vergleich zu Polizeien mit dreigeteilter Laufbahn natürlich zu unterschiedlichen geforderten schulischen Zugangsvoraussetzungen bei den Bewerbern. Tätowierungen – auch hier gibt es keinen einheitlichen Standard der Polizei in Deutschland mehr. Manche Polizeien lassen sichtbare Tattoos zu, andere wiederum nicht. Einigkeit besteht zumindest bei gewaltverherrlichenden, diskriminierenden, sexistischen, entwürdigenden oder gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßende Tattoos.

Fehlende Transparenz und Unglaubwürdigkeit

Die unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen erschweren, ein gemeinsames Anforderungsprofil für einen Polizisten zu definieren, es in die Öffentlichkeit zu transportieren und es auch nach innen in der Organisation transparent zu machen. Im Gegenteil, die entstandenen unterschiedlichen Festlegungen in den Zugangsvoraussetzungen können sogar zu Unglaubwürdigkeit führen, machen uns als Polizei juristisch sowie gerichtlich angreifbar und bringen die Einstellungsbehörden in Erklärungsnot. Warum kann und darf eine Polizistin in Hamburg denn kleiner als eine Polizistin in Bayern sein? Warum sind in einigen Ländern sichtbare Tattoos ein Problem, in anderen Polizeien eben nicht? Warum gibt es überhaupt noch ein HöchstEinstellungsalter? Manchmal schießen wir uns damit in den Begründungen sogar ein Eigentor, weil es ja eben woanders hierzulande geht.

Problem: Unterschiedliche Standards in den Sicherheitsüberprüfungen

Mit großer Sorge sehe ich mittlerweile fehlende gemeinsame Standards in den Sicherheitsüberprüfungen unserer Bewerberinnen und Bewerber im Rahmen des Einstellungsverfahrens. In Teilen erkenne ich tatsächliche „Unterwanderungsversuche“. Fehlende einheitliche Standards der Polizeien

bei den Sicherheitsüberprüfungen öffnen dabei unter Umständen auch die Haustür. Mitunter fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen und datenschutzrechtliche Vorgaben zwingen die Einstellungsbehörden zu unterschiedlichen Standards in den Überprüfungen.

Der gegenseitige Informationsaustausch zwischen den Behörden bei Bewerbern, die sich gleich bei mehreren deutschen Polizeien gleichzeitig oder nacheinander bewerben, wird erschwert. Vermehrt versuchen auch immer mehr Bewerber sich nach ihrer Ablehnung in den Polizeidienst „einzuklagen“. Selbstverständlich steht der grundgesetzliche Anspruch auf Zugang zu öffentlichen Ämtern jeder und jedem frei und ist gerichtlich jederzeit überprüfbar. Zudem wird jede Bewerbung als Einzelfall geprüft. Allerdings – die Regeln, auch in der charakterlichen Eignung für den Polizeidienst, setzen wir als Arbeitgeber. Ich kenne nur wenige Arbeitgeber, die sich – auch vor Gericht – rechtfertigen müssen, warum sie einen Bewerber aus charakterlichen Gründen ablehnen. Warum also gerade wir als Polizei, die natürlich in der charakterlichen Prüfung für den Nachwuchs eine besonders hohe Messlatte setzen muss? Insgesamt hat die Widerspruchs- und Klagehäufigkeit im Einstellungsverfahren deutlich zugenommen. Die Einstellungsbehörden werden dadurch immens belastet, in ihrer Personalauswahl eingeschränkt und behindert. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen innerhalb unserer Organisation Polizei verstehen das längst nicht mehr.

Problem: Veränderte Gesellschaft

Die Gesellschaft und damit auch der Nachwuchs haben sich verändert. Der Migrationsanteil ist gestiegen. Das ist per se nichts Negatives, denn es stellt auch eine Bereicherung für den Polizeidienst dar. Außerdem wird dadurch die Bevölkerungsstruktur abgebildet. Deutsch- und Schriftkenntnisse lassen jedoch insgesamt nach, die körperliche und sportliche Fitness lässt mitunter zu wünschen übrig. Für den Polizeiberuf notwendige Fähigkeiten wie das Schwimmen werden weniger häufig im Kindes- und Jugendalter erlernt und schon mitgebracht. Auch ist in Teilen ein gesellschaftlicher Wertewandel eingetreten. Respekt, gegenseitige Achtung und Verständnis haben nach-



gelassen. Die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft ist unbestritten gestiegen. Auch dies stellt die Einstellungsbehörden im Bewerberauswahlverfahren und dann in der Folge die Verantwortlichen in der Polizeiausbildung vor große Herausforderungen.

Problem: Veränderte Erwartungen an den Arbeitgeber Polizei

Junge Menschen erwarten von ihrem künftigen Arbeitgeber Polizei nicht nur eine gute soziale Absicherung, sondern auch Karrieremöglichkeiten und flache Hierarchien. Themen wie Selbstverwirklichung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und flexible Arbeitszeiten haben für unseren Nachwuchs in der heutigen Zeit einen hohen Stellenwert. Erwartet werden Teamarbeit, eine moderne Ausbildung und/oder ein modernes Studium mit einer optimalen Vorbereitung auf unseren anspruchsvollen Beruf. Auch spätere Spezialisierungsmöglichkeiten werden eingefordert. Gesundheitsfürsorge und Arbeitsschutz haben eine hohe Bedeutung.

Wir haben hier als Polizei schon sehr viel für unsere Bewerber anzubieten. Bei manchen Themen müssen wir noch aufholen; bei einigen werden wir aber auch an Grenzen stoßen. Wir können beispielsweise den Einsatz eben nicht einfach so beenden, weil jetzt Dienstschluss ist. Unsere Dienstzeit als Polizist

ist nicht immer genau vorherplanbar. Zeiten mit 24-Stunden-Einsätzen, bei denen dann 25 Stunden vergütet wurden, weil „nicht mal eine Mittagspause möglich war“, sollten dennoch vorbei sein.

Problem: Noch weiter gestiegene Anforderungen an den Polizisten

Die heutige sehr technisierte Gesellschaft und unsere Aufgabenspektren setzen künftig noch höhere Anforderungen an einen Polizisten. Wir müssen neben der Erfüllung des allgemeinen Anforderungsprofils zusätzlich mit hochtechnisierten Führungs- und Einsatzmitteln aller Art zurechtkommen. Umfassende Rechts-, Sprach- und IT-Kenntnisse werden wie selbstverständlich erwartet. Der ballistische Schutz und die steigende Gewalt gegenüber polizeilichen Einsatzkräften stellen uns auch körperlich vor größere Herausforderungen und Belastungen im Dienst. Die Arbeits- und Einsatzbelastung im Dienst ist immens.

Lösungsansatz: Attraktivität des Polizeiberufes vereinheitlichen

Die zwischen den deutschen Polizeien eingetretenen Attraktivitätsunterschiede des Polizeiberufes in der Be-

soldung, den Fürsorgeleistungen, in der Lebensarbeitszeit oder wöchentlichen Arbeitszeit müssen bundeseinheitlich angenähert werden. Die Besoldung und Leistungen müssen im Vergleich und in Konkurrenz zu Arbeitgebern der freien Wirtschaft auf hohem Niveau sein, um für den Nachwuchs interessant und attraktiv zu bleiben. Dies gilt nicht nur für den Vollzugsbereich, sondern selbstverständlich für alle Tarifbeschäftigten, Beamtinnen und Beamte in den Verwaltungsbereichen.

Lösungsansatz: Zugangsvoraussetzungen deutlich annähern

Die spürbar unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen in die deutschen Polizeien müssen bundesweit deutlich angenähert werden. Hier ist ein gemeinsames, geschlosseneres Bild notwendig, dass den Arbeitgeber Polizei besser in die Öffentlichkeit vermittelt und nach innen für Transparenz sorgt.

Lösungsansatz: Mindeststandard bei Sicherheitsüberprüfungen

Bei den Sicherheitsüberprüfungen der Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeidienst ist im Bewerbungsverfahren ein bundesweiter einheitlicher Mindeststandard zwingend. Alle Einstellungsbehörden müssen die gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Regelungen als Instrumentarien zur Verfügung haben, die eine umfassende Sicherheitsüberprüfung ihrer Bewerber und einen diesbezüglichen Austausch zwischen den Einstellungsbehörden auch erlauben. Bewerber, Anwälte und Justiz müssen akzeptieren, dass für den verantwortungsvollen Polizeiberuf hohe charakterliche Anforderungen zu erfüllen sind.

Lösungsansatz: Veränderte Gesellschaft

Die Organisation Polizei muss sich proaktiv mit den genannten zeitkritischen Entwicklungen auseinandersetzen und vor allem Ausbildung und Studium darauf regelmäßig abklopfen.



Hannover im Januar 2019: Festakt zur Vereidigung von jungen Polizeianwärterinnen und -anwärtern.
Foto: Julian Stratenschulte/dpa



Verschärfungen diesbezüglicher Anforderungen an Bewerbergruppen in der polizeilichen Einstellungsprüfung können zwar Defizite vermindern, diese können letztlich aber aufgrund des hohen Nachwuchsbedarfes nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Auch bleibt die Einstellungsprüfung – natürlich – immer nur eine Momentaufnahme.

Lösungsansatz: Veränderte Erwartungen an den Arbeitgeber Polizei

Unser Polizeiberuf hat hier bereits sehr viel zu bieten. Aber: Wir müssen diese Möglichkeiten noch stärker transportieren. Themen wie Gesundheitsfürsorge, Arbeitsschutz und Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen stärker ausgebaut werden. Dazu sind aber zwingend mehr Poolstellen erforderlich, um zum Beispiel Mutterschutz-, Erziehungs- und Teilzeiten von Kolleginnen und Kollegen vor Ort auf den Dienststellen auszugleichen. In den Arbeitszeitregelungen sind bundeseinheitliche Festlegungen beispielsweise bei der Vergütung von Bereitschaftszeiten oder zusammenhängenden freien Wochenenden notwendig.

Lösungsansatz: Gestiegene Anforderungen an den Polizisten

Mit durchschnittlich zweieinhalbjähriger Ausbildung bis zum Polizeimeister oder dreijährigem Studium zum Polizeikommissar bewegen wir uns im Vergleich der deutschen und internationalen Berufsausbildungen und Studiengänge ohnehin im unteren Bereich. Die Ausbildung und das Studium müssen attraktiv, erwachsenengerecht und praxisorientiert bleiben. Dazu ist eine moderne Ausbildungsinfrastruktur unabdingbar. Das Lehrpersonal muss hochqualifiziert sein, über die notwendige Berufserfahrung verfügen und auch genügend Zeit haben, den Nachwuchs betreuen und gegebenenfalls auch wieder ausschließen zu können. Ideen, die Polizeiausbildung oder das Studium zu verkürzen, um schneller mehr Nachwuchs auf die Dienststellen zu bringen, sind abzulehnen.

Im Gegenteil, an sich müssten Ausbildung und Studium verlängert werden, um künftigen Kolleginnen und Kollegen die hohen Anforderungen für ihren künftigen Beruf deutlicher

vermitteln zu können. Auch für die folgende polizeieigene Fortbildung müssen für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen ausreichend Ressourcen vom Dienstherrn zur Verfügung stehen und in diese wiederkehrend investiert werden.

Lösungsansatz: Engerer Austausch der Einstellungsbehörden

Es klingt ja fast wie eine Binsenwahrheit – zumal in Zeiten einer sich ständig verdichtenden Vernetzung. Da muss auch die Polizei mitmachen. Zwischen den Einstellungsbehörden ist ein noch engerer und regelmäßigerer Austausch zu gewährleisten.

Wünsche für die Zukunft

Unter dem Strich sollte die Polizei als Ganzes trotz und wegen eines nicht in Frage stehenden föderalen Prinzips bei der Gewinnung des Nachwuchses wieder stärker zusammen wachsen, den Konkurrenzgedanken ausblenden, ein geschlossenes Profil vorstellen und gemeinsam auftreten. Das können wir nicht allein bewerkstelligen. Dazu muss die Politik die Voraussetzungen schaffen und die Weichen stellen. Die Gewerkschaften müssen darüber wachen, ständig an diese Notwendigkeiten erinnern und für Verbesserungen kämpfen.

Als Polizei dürfen wir uns die Personalauswahl nicht aus der Hand nehmen oder gar vorschreiben lassen. Wir wählen aus und entscheiden. Für unsere hohen Anforderungen in der Personalrekrutierung müssen wir uns auch nicht rechtfertigen. Auch dürfen Nachwuchsprobleme nicht dazu führen, dass die Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst aus Not heraus kurzfristig erleichtert werden, nur um offene Stellen irgendwie schnell zu besetzen. Der Polizeiberuf ist schließlich ein Lebensberuf. Daher müssen wir sorgsam auswählen und dürfen nicht alles auf den Kopf stellen, nur weil gerade der Einstellungsbedarf hoch und die Bewerberlage schwieriger geworden ist. Nein, die künftigen Polizistinnen und Polizisten für die Bürgerinnen und Bürger zu finden, ist eine besonders verantwortungsvolle Gemeinschaftsaufgabe aller Beteiligten.

Auch wir als Polizei brauchen dazu zeitgemäße Werbung unter Einbezug

der angesagten Social Media-Kanäle. Damit können wir unsere Attraktivität, die Anforderungen, jedoch auch Erwartungshaltungen sowie Regeln zu Interessierten transportieren. Auch benötigen wir moderne Onlinebewerbungsmöglichkeiten in unseren Stellenportalen. Allerdings – eine persönliche Beratung und ein ganz persönlicher Stups durch Einstellungsberater und/oder einen Kollegen sind immer noch besonders wertvoll und manchmal unumgänglich, auch für die Eltern. Wir müssen die Anonymität auflösen und den jungen Menschen die Chance geben, uns als Polizei und „Team Polizei“ über Berufsinformationsmöglichkeiten, Schnupper- und Schülerpraktika kennen lernen zu können. Das kostet natürlich Geld, macht Aufwand und belastet den Dienstbetrieb. Es ist doch allemal besser, wenn sich ein Schülerpraktikant nach einem Praktikum bei der Polizei entscheidet, doch einen anderen Beruf zu wählen, als aus der laufenden Ausbildung auszusteigen.

Wir haben trotz mancher Probleme und Sorgen in der Nachwuchsgewinnung sehr viele Menschen, die gern bereit sind, für die Zukunft Verantwortung als Polizistinnen und Polizisten zu übernehmen, sich unseren hohen Anforderungen zu stellen und viele Fähigkeiten sowie Talente mitbringen. Ihnen gebührt dafür Respekt und Anerkennung. Wir haben überwiegend tolle Bewerberinnen und Bewerber im Einstellungs- und Auswahlverfahren. Wir können sehr stolz auf sie sein, und das sollten wir auch jedem geeigneten Bewerber sagen. Wir haben guten Nachwuchs in der Polizei. Die anspruchsvolle schwierige Aufgabe ist es dabei, die Geeignetsten heraus zu filtern und die Ungeeigneten frühzeitig aus dem Bewerbungs- und Einstellungsverfahren zu nehmen. Wir als Polizistinnen und Polizisten sollten unserem Nachwuchs helfen, sich bei uns zurecht zu finden. Wir sollten die Jungen unterstützen, qualifizieren und fit machen, in Teilen veränderten Erwartungshaltungen eine Chance geben und denjenigen, die eben nicht zu uns passen, frühzeitig und eindeutig eine klare, aber faire Absage erteilen.

Unser Polizeiberuf ist vielfältig, spannend und gut abgesichert. Klar sind ständige Verbesserungen notwendig. Wir sollten und dürfen aber keinesfalls unseren Beruf selbst schlecht reden, denn genau das ist eben kein Attraktivitätsargument in der Nachwuchsgewinnung – denn Nachwuchswerbung für unseren Beruf geht uns alle an!



Start der AG „Vereinbarkeit von Beruf und Leben im Zeitalter der Digitalisierung“

Mitte Mai kam in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Hilden die neu gegründete Arbeitsgruppe (AG) „Vereinbarkeit von Beruf und Leben im Zeitalter der Digitalisierung“ zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Arbeitsauftrag ergibt sich aus den Leitanträgen des Bundeskongresses zur „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ und dem Antrag „Digitalisierung und Polizei“ und den dazugehörigen Anträgen.



AG-Teilnehmerinnen: (v.l.) oben, Jennifer Uhl, Annette Terweide, Vera Koch, Steffen Loth, Martina Filla, unten, Karin Dullnig, Stefanie Grün und Chris Mihr. Foto: Annette Terweide

Die AG ist bundesweit besetzt und wird von Vera Koch aus dem Saarland geleitet. Und da es unstrittig ist, dass dieses Thema alle Geschlechter angeht, ist das Gremium auch mit zwei männlichen Kollegen besetzt. Letztere sollen ihre persönlichen Erfahrungen mit der Thematik und ihren eigenen Blickwinkel beisteuern.

Bereits in der ersten intensiven Befassung mit dem komplexen Thema wurde klar, dass ein „Ist-Stand“ in den Ländern zu den unterschiedlichen Handlungsfeldern zu erheben ist. Die Entkoppelung von Arbeitszeit und -ort, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Polizei, Qualifikation und lebens-

langes Lernen sind Themen, mit denen sich die AG befassen wird.

Gerade im Zuge des demografischen Wandels der Gesellschaft gewinnt die Pflege von Angehörigen einen immer höheren Stellenwert. Insofern scheint es zwingend erforderlich, hier verlässliche Standards für die Pflegenden zu schaffen, ohne dass befürchtet werden muss, unter der Mehrfachbelastung die eigene Gesundheit zu opfern.

Darüber hinaus bietet auch die Digitalisierung in der Polizei große Chancen. Viele Abläufe können effizienter gestaltet werden und so zur Entlastung der Beschäftigten beitragen. Neue Verwendungsgebiete werden geschaffen oder bieten Raum zur Weiterentwicklung. Jedoch gilt es, wie bei jedem Wandel, den Menschen mitzunehmen. So darf eine fortschreitende Technisierung nicht dazu führen, eine ständige Verfügbarkeit in der Freizeit zu generieren oder den Anwender schlichtweg zu überfordern.

Letztlich soll als Ergebnis eine Handreichung für Kolleginnen und Kollegen auf dem Tisch liegen, die das Thema mit konkreten Vorschlägen beleuchtet und dies optimaler Weise in allen Sparten des Polizeiberufes.

Die Kunst wird vor allem darin bestehen, aus den unterschiedlichen Facetten einen allgemeingültigen und praktisch umsetzbaren Katalog an Vorschlägen zu erarbeiten.

Steffen Loth



Foto: privat

Bundesverdienstkreuz für GdP-Coach Manuela Rukavina

Mit großer Freude gratuliert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und insbesondere die Frauengruppe (Bund) ihrer langjährigen Kursleiterin und Coach Manuela Rukavina zu einer ganz besonderen Auszeichnung: In einer feierlichen Zeremonie im Berliner Schloss Bellevue wurde ihr Mitte Mai vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (SPD) das Verdienstkreuz am Bande für ihr Engagement für die Gleichberechtigung überreicht.

Die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne würdigte die Geehrte mit den Worten: „Wie wichtig die Arbeit von Frauen für Frauen ist, zeigen unsere erfolgreichen Personalentwicklungsprojekte. Manuela Rukavina gibt den Kolleginnen Ansporn und Selbstvertrauen, sich persönlich, gewerkschaftlich sowie beruflich weiterzuentwickeln und sich aktiv für die Gleichberechtigung einzusetzen.“

Annette Terweide



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

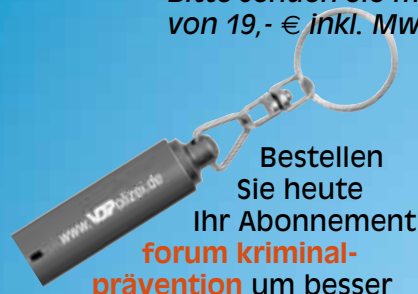


Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer Plz, Ort

Telefon/Telefax E-Mail

Datum, Ort 1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort 2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a · 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188
www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

Unbezahlbare Großstädte

Von Thomas Gesterkamp



Foto: Jörg Carstensen/dpa

Weil die Wohnkosten in den Ballungsgebieten stark steigen, müssen immer mehr Polizeibeamte lange Strecken zum Arbeitsplatz zurücklegen. Die geplante Neuregelung der Grundsteuer, die auf die Mieter umgelegt werden kann, verschärft das Problem.

Wer als Bundespolizist an großen Flughäfen wie Frankfurt am Main oder München zum Beispiel die Pässe der gelandeten Passagiere kontrolliert, lebt nicht unbedingt in der Nähe seines Einsatzortes. Häufig kommen die Beamten etwa aus den neuen Bundesländern, aus Sachsen, Thüringen oder Sachsen-Anhalt. Weil der tägliche Weg dorthin zu lang ist, übernachten sie in Polizeiwohnheimen. Erst am Freitagabend geht es nach Hause, selbst das klappt nicht immer. Auch samstags und sonntags herrscht reger Flugverkehr, Wochenendschichten fallen an. Als Folge leiden die privaten Kontakte am Heimatort. Ein Engagement in Vereinen ist kaum möglich, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt.

Hauptgrund für die missliche Situation der Fernpendler sind die hohen Mieten in den Ballungsgebieten. In fast

allen Großstädten steigen die Preise für das Wohnen seit Jahren deutlich schneller als die sonstigen Lebenshaltungskosten. Viele Polizistinnen und Polizisten können sich schlicht nicht mehr leisten, dort zu leben, wo sie arbeiten. In Berlin, Köln oder Hamburg weichen sie aus in das Umland, doch auch im „Speckgürtel“ gehen inzwischen die Mieten nach oben. Die weiten Wege zur Arbeit sind anstrengend: Fast täglich stehen die Autopendler im Stau, auch wer mit der Bahn anreist, muss ständig mit Verspätungen rechnen.

Das räumliche Hin und Her kostet Zeit, Geld und Nerven. Aus Selbstschutz lügen sich Berufspendler beim Thema Entfernung gern ein bisschen in die Tasche, mit Argumenten wie: „Das ist nur dreißig Minuten vom Hauptbahnhof, die habe ich früher innerhalb der Stadt auch gebraucht.“ In der täglichen Praxis dauert es jedoch

erheblich länger. Das Wohnhaus liegt leider nicht direkt am Haltepunkt des Zuges, und am Arbeitsort sind meist Anschlussfahrten mit Straßen- oder Untergrundbahn notwendig – von notorischen „Störungen im Betriebsablauf“ ganz abgesehen.

Steigende Nebenkosten

Ein politisches Projekt, das die Verfassungsrichter der Bundesregierung aufgetragen haben, verschärft nun die Misere am Wohnungsmarkt. Bis Jahresende ist Finanzminister Olaf Scholz angehalten, eine Neuausrichtung der Grundsteuer umzusetzen. Denn diese beruht auf einer völlig veralteten Basis: Die sogenannten Einheitswerte, die die Höhe der Abgaben bestimmen, stammen in Westdeutschland noch aus den 1960er-Jahren, im Osten sind sie weitere drei Jahrzehnte älter. Die geplante Gesetzesreform soll sich am aktuellen Preisniveau der Immobilien orientieren. Das aber wird die Grundsteuer gerade dort steigen lassen, wo



Fernpendler

Als Fernpendler zählen die Statistiker alle Erwerbstätigen, die hin und zurück mehr als 100 Kilometer zurücklegen oder täglich mindestens zwei Stunden unterwegs sind. Berücksichtigt man auch jene Beschäftigten, die nur am Wochenende nach Hause fahren, sind das mehrere Millionen Menschen in Deutschland. Mit steigender Tendenz: Mobilitätsforscher beobachten seit Jahrzehnten, dass die Zahl der Berufspendler wächst und vor allem die Entfernungen zum Arbeitsort zunehmen. Das spiegelt sich auch in den Zumutbarkeitsregelungen der Arbeitsagenturen für Erwerbslose wider: Anderthalb Stunden Fahrt pro Strecke müssen diese bei einem Jobangebot akzeptieren, sonst droht das Kürzen oder Streichen von Leistungen.

Rechnet man Wege- und Arbeitszeiten auf der Basis einer vollen Stelle

inklusive Pausen zusammen, ergeben sich täglich rund zwölf Stunden berufsbedingte Abwesenheit vom Familienalltag. Als gesetzliche und kulturelle Norm gilt also ein Muster der Verteilung von Beruf und Freizeit, das kaum noch Spielräume lässt für private Verpflichtungen oder Interessen. Viel mehr als Abendentspannung vor dem Fernseher und Schlafen sitzt nicht drin. Weibliche Fernpendler sind überwiegend kinderlos, hochmobile Männer leben oft in einer Partnerschaft, in der ihre Frau auf eine eigene Karriere verzichtet hat. Betroffene Väter haben nur selten Gelegenheit zum Vorlesen einer Gutenachtgeschichte. Zeit mit ihren Kindern zu verbringen ist bestenfalls am Wochenende möglich – vorausgesetzt, betriebliche Schichtdienste machen keine Arbeit an Samstagen oder Sonntagen nötig.

die Situation auf dem Wohnungsmarkt besonders angespannt ist: in den Ballungsgebieten. Und weil die Eigentümer diese Zusatzausgaben auf ihre Mieter umlegen können, ist mit steigenden Nebenkosten zu rechnen. Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen müssen dann noch stärker als bisher auf Wohnungen an preiswerteren Orten ausweichen – die immer weiter entfernt liegen.

Schon jetzt arbeiten zum Beispiel in München Polizeibeamte, die ihren Hauptwohnsitz im Bayerischen Wald oder gar im Fichtelgebirge haben. Dort leben Frau und Kinder in einem Eigenheim, das manchmal nur ein Zehntel dessen kostet, was in der überbeurteilten Landeshauptstadt für ein vergleichbares Objekt fällig würde. Den Preis zahlen die Pendler mit fehlender Lebensqualität: Entweder sie fahren jeden Tag zwei Stunden pro Weg zu ihrer Einsatzstelle, oder sie übernachten in Wohnheimen. Manche kommen provisorisch in billigen Pensionen, bei Freunden oder Kollegen unter, andere bilden zusammen mit Menschen in ähnlicher Lage eine Wohngemeinschaft auf Zeit. In manchen Großstädten ist das zu einer Art Geschäftsidee geworden: Die Vermieter bieten neben einem Schlafplatz plus Frühstück auch geselliges Leben am Abend, einen Rückzugsraum und willkommene Abwechslung vom Berufsalltag.

Stress der Vielfahrer

Fernbeziehungen, wie sie Sozialwissenschaftler nennen, sind ein schnell wachsendes Phänomen. Hauptursache ist der Mobilitätsdruck, der auf den Arbeitnehmern lastet. Es ist etwa für Paare nicht einfach, für beide Partner in derselben Region passende Jobs finden. Vorbei sind die Zeiten, als Frauen ihren Männern noch selbstverständlich hinterher zogen, wenn anderswo eine attraktive Stelle lockte. Heute verfolgen in vielen Beziehungen zwei Erwerbstätige ihren eigenen beruflichen Weg. Und nicht wenige nehmen dafür auch in Kauf, sich zeitweise zu trennen. Doch erholsam ist das nicht: Das Doppelleben der Vielfahrer erzeugt Stress und gefährdet die Gesundheit.

In einer Untersuchung der Universität Mainz und des Bamberger Staatsinstituts für Familienforschung klagten über zwei Drittel der mobilen Nomaden über psychische und körperliche Belastungen. Häufiger als Arbeitnehmer mit kurzen Anfahrtswegen leiden Fernpendler unter Kopfschmerzen, Magen-Darm-Beschwerden und Bluthochdruck. Auch mit Müdigkeit oder Konzentrationsschwierigkeiten haben viele zu kämpfen. Sportliche Aktivitäten, Fortbildungen oder der Bekanntenkreis kommen zu kurz. Das

Wochenende ist ausschließlich für den Partner oder die Familie reserviert – und sonst ruft auch niemand mehr an. Von Montag bis Freitag wird am Arbeitsort, wo es an Freunden ohnehin mangelt, besonders lange geschuftet. Das Risiko „sozialer Desintegration“ sieht der Soziologe Norbert Schneider: „Wenn niemand ungeduldig mit dem Abendbrot wartet, kann man ohne schlechtes Gewissen im Büro bleiben.“

Risiko Trennung

Den Partnerinnen am Heimatort – meist sind diese in der Tat weiblichen Geschlechts – ist damit wenig gedient. Die Nachteile des ständigen Unterwegsseins treffen der Studie zufolge Frauen stärker als Männer. Die Paarzufriedenheit sinke, das Trennungsrisiko steige, warnen die Forscher. Das Leben aus dem Koffer werde zum Ersatz für den eigentlich überfälligen Umzug. Viele Menschen, so Schneider, trafen mit dem Dauerpendeln eine Entscheidung, deren Folgen „eigentlich schlimmer sind als ein Wohnortwechsel“.

Die ständig steigenden Wohnkosten lassen jedoch für immer mehr Betroffene gar keine freie Entscheidung mehr zu. Notwendig ist daher, das drängende Thema des Mangels an bezahlbarem Wohnraum politisch anzugehen. Dazu gehört die intensive Förderung des Baus preisgünstiger Wohnungen – und eine Reform der Grundsteuer, die Bewohner in Ballungsgebieten nicht zusätzlich belastet. Der Deutsche Mieterbund fordert, dass Vermieter die steigende Abgabe künftig nicht mehr auf die Nebenkostenabrechnung setzen dürfen. Bundesfinanzminister Scholz hat signalisiert, dass er sich eine solche Neuregelung vorstellen kann. Doch die einflussreichen Lobbyisten der Wohneigentümer laufen dagegen Sturm, der Koalitionspartner CDU/CSU mauert.

In Zeiten niedriger Zinsen sind vermietete Immobilien in wachsendem Umfang eine Geldanlage für Vermögende. Es wäre ein Akt der sozialen Gerechtigkeit, die Besitzer von nicht selbst genutzten Häusern und Wohnungen über die Besteuerung des Grundbesitzes stärker zur Kasse zu bitten. Das würde zudem helfen, die Lebenssituation jener vielen Durchschnittsverdiener zu verbessern, die sich das Wohnen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes in den Großstädten nicht mehr leisten können.



BFA Beamten- und Besoldungsrecht setzt Ziele

Der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) konstituierte sich Anfang Mai und nahm seine Arbeit auf. Jörg Radek, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands und zuständig für Beamtenrecht, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Berliner Bundesgeschäftsstelle. Er bezeichnete den BFA BB als „Herzkammer der gewerkschaftlichen Arbeit“ und dankte für die wichtige inhaltliche Arbeit am beamtenpolitischen Programm der GdP.

In offener Abstimmung wurden Sven Hüber vom Bezirk Bundespolizei erneut als Vorsitzender, Peer Oehler aus Sachsen erneut als Stellvertreter und Andreas Kropius aus Schleswig-Holstein erstmals als Schriftführer jeweils einstimmig gewählt.

Hüber benannte vier Ziele, die aus seiner Sicht in den nächsten Jahren vom BFA angegangen werden sollten:

- **Auch nach der Föderalismusreform mit all ihren Folgen sind wir zusammen stärker als allein, die Eisschollentaktik müssen wir beenden.**
- **Der BFA BB muss Klammerthemen für alle 18 Landesbezirke und Bezirke setzen.**
- **Der BFA BB sollte Impulse in die Landesbezirke und Bezirke setzen, um Wahlerfolge in den Personalratswahlen zu erzielen und die Mitgliederwerbung beziehungsweise -betreuung zu verbessern.**
- **Aus der Bearbeitung der Kongressbeschlüsse sollten gemeinsame Aktionen und Kampagnen mit dem DGB und in den GdP-Medien stattfinden.**

Themen, die unter anderem dabei zu bearbeiten sind: Arbeitszeit, Belastungsausgleich im Lichte der Mehreinstellungen und des demografischen Wandels, Gleicher Lohn für gleiche Arbeit zum Beispiel beim Thema Dienstpostenbewertung, Digitalisierung und die Folgen für die Kolleginnen und Kollegen wie Persönlichkeitsrechte, Aufstiegsmodelle unter dem Blickwinkel Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Politische Bildung und Arbeitsfeld Rückführungen/Ausreisegewahrsam.

Mit dem Themenfeld Arbeitszeit begann auch der Punkt Auswertung des Bundeskongresses. Der dazu beschlossene Leitantrag D001 ist Ergebnis der Arbeit des BFA BB der vergangenen

vier Jahre. Nun gilt es, die Forderungen mit Leben zu füllen. Ziel ist es, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zum Thema Arbeitszeit stärker zu fördern und die GdP-Forderungen offensiver an die politisch Verantwortlichen in den Ländern und beim Bund heranzutragen.

Passend hierzu begrüßte der BFA BB Dr. Niels Spilker, Politischer Referent in der Abteilung öD und Beamtenpolitik beim DGB, der über die Ergebnisse des DGB-Workshops „Mindeststandards für gute Arbeit im Wechselschichtdienst“ berichtete (siehe DP 6/2019) und einen Ausblick auf das Schöneberger Forum im November gab, das dieses Jahr ebenfalls unter dem Titel „Planbarkeit, Selbstbestimmung, Entlastung“ zum Thema Arbeitszeit stattfindet.

Ein weiterer Punkt in Vorbereitung auf die kommende Sitzung, die – wie jedes Jahr – unmittelbar vor oder nach dem Schöneberger Forum stattfinden wird, war das Thema Dienstpostenbewertung. Das Bewertungsgefälle in vergleichbaren Polizeifunktionen ist in Bund und Ländern sehr unterschiedlich, so dass unter Mithilfe der Mitglieder des BFA BB eine Übersicht erstellt werden soll.

Schließlich wurde die letzte Besoldungsrunde nach den Tarifverhandlungen diskutiert und überlegt, die gewerkschaftspolitischen Erfolge der GdP an den Stichtagen der jährlichen Erhöhungen den Mitgliedern transparent zu machen.

Hüber gab zudem einen kurzen Überblick über das anstehende Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz des Bundes und stellte eine Übersicht des Bezirks Bundespolizei „Baustelle BesStMG“ vor.

Eine Sitzung, randvoll gepackt mit vielen unterschiedlichen Themen, und ein guter Start in die Arbeit der kommenden vier Jahre im BFA BB.

Gudrun Hoffmann



Der neue Vorstand: (v.l.) Sven Hüber, Peer Oehler, Andreas Kropius und das für den BFA zuständige GBV-Mitglied Jörg Radek.

Foto: Bicking



Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz: GdP bei Anhörung im Bundesinnenministerium



Der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB), Sven Hüber (l.), erläutert im Bundesinnenministerium die Problematik der Kappung der Höchstgrenze bei Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz.

Foto: Gudrun Hoffmann

Zum Gesetz zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungs- und Umzugskostenrechts des Bundes, dem Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz (BesStMG) fand Ende Mai eine Verbändeanhörung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens statt. Für die GdP nahmen der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, Sven Hüber, und die für Beamtenrecht zuständige Gewerkschaftssekretärin Gudrun Hoffmann teil.

In seiner Einleitung sorgte der Abteilungsleiter für den öffentlichen Dienst im Bundesministerium des Innern (BMI), Ansgar Hollah, bereits für eine Überraschung, denn er erklärte, dass die geplanten Änderungen beim Familienzuschlag nicht umgesetzt würden. Damit fiel einer der größten Kritikpunkte, die Halbierung des sogenannten Verheiratetenzuschlags, weg. Damit entfallen jedoch auch positive Bestandteile der geplanten Änderungen: die Erhöhung des Kinderzuschlages, sowie die auch auf dem GdP-Bundeskongress beschlossene Aufhebung der Teilzeitquotierung der Familienzuschläge.

Positiv zu bewerten ist, dass mit der Aufwertung von Kindererziehungszeiten von Beamtinnen und Beamten, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, eine langjährige Forderung der GdP umgesetzt wird.

Auch im Bereich des Zulagenwesens gibt es einige Verbesserungen: die neue Stellenzulage für (Verwaltungs-) Beamtinnen und Beamte sollte nach Forderung der GdP nicht nur für die Bundespolizei und das Bundeskrimi-

nalamt (BKA), sondern auch für die Beschäftigten des Zolls gezahlt werden, dies ist in einem geänderten Vorschlag jetzt erfolgt. Ebenso zu begrüßen ist es, dass die sogenannte Bordzulage nicht mehr auf die Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten angerechnet wird.

Dass die Polizeizulage nach langer Zeit erhöht wird, ist eine gute Nachricht. Dass sie nicht ruhegehaltstauglich wird, dagegen eine schlechte. Hier wurde die Chance nicht genutzt, eine befriedigende Lösung auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger anzubieten.

Ebenso wenig konnte die GdP mit der Forderung nach der Dynamisierung aller Erschwerniszulagen durchdringen.

Geprüft wird allerdings die von der GdP aufgestellte Forderung, dass die Personenschützer in der Sicherungsgruppe des BKA eine Erschwerniszulage erhalten. Wir gehen davon aus, dass hier noch eine Ergänzung erfolgen wird.

Ergebnis des Beteiligungsgesprächs war daneben die Zusage des BMI, noch einmal die neue Zulage für die Begleitung von Rückführungen auf

dem Luftweg auf ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen. Hier bestehen nach Auffassung der GdP noch erhebliche Mängel. Unsere komplexen Forderungen zur Erschwerniszulagenverordnung sollen in der anstehenden Reform dieser Verordnung erneut bewertet werden.

Im Versorgungsbereich nahm das BMI weitere, von der GdP genannten Punkte als Anregung zu weiteren Prüfung auf – so etwa die die mögliche Anpassung von Paragraph 14 a Beamtenversorgungsgesetz in Hinblick auf die Versorgungslücke nach Scheidung oder die Ausweitung der Einsatzversorgung gemäß Paragraph 31 a Beamtenversorgungsgesetz auf Sicherheitspersonal bei deutschen Auslandsvertretungen und Rückführungsbeamte bei Rückführungen in andere Staaten. Nicht kompromissbereit zeigte sich das Ministerium in der Thematik der gruppenbezogenen besonderen Kappung der Höchstgrenze in Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz.

Das Gesetz soll noch im Juni im Kabinett beraten werden und wird dann in die parlamentarische Beratung gehen. Die GdP bleibt weiter am Ball, um die bisher nicht umgesetzten Forderungen weiter zu thematisieren, denn auch hier wird das sogenannte Strucksche Gesetz – benannt nach dem ehemaligen SPD-Politiker Peter Struck – Anwendung finden: „Kein Gesetz kommt so aus dem Parlament heraus, wie es eingebracht worden ist“

Gudrun Hoffmann



Neue Regeln für die Steuererklärung 2018

GdP kooperiert mit forium GmbH

Am 31. Juli ist Stichtag. Bis dahin muss die Steuererklärung abgegeben sein. Welche neuen Regelungen gibt es in diesem Jahr und mit welchen Tipps lässt sich nochmal mehr Geld sparen? Kurz, unkompliziert und günstig hilft bei solchen Fragen die speziell auf Polizeibeschäftigte zugeschnittene Online-Anwendung steuererklaerung-polizei.de. GdP-Mitglieder erhalten darauf Rabatt. Seit Frühjahr besteht eine Kooperation mit der forium GmbH, die unter anderem für die Online-Anwendung „Lohnsteuer Kompakt“ bekannt ist.

Da die Abgabefrist für die Steuererklärung in diesem Jahr erstmalig auf die Ferienzeit fällt (bislang galt der 31. Mai), wird wahrscheinlich Hochbetrieb in den Finanzämtern herrschen. Es könnte also etwas länger dauern, bis der Bescheid im Briefkasten liegt. Wer selbst im Sommermonat Juli ziemlich beschäftigt ist, und es nicht schafft, bis zum 31. abzugeben, sollte rechtzeitig beim Finanzamt schriftlich die Fristverlängerung beantragen. Dabei sollte man einen nachvollziehbaren Grund angeben. Das kann zum Beispiel eine längere Erkrankung sein. Meist gewähren die Ämter einen Fristaufschub zwischen drei bis vier Monaten.

Wer keine Verlängerung beantragt, könnte mit einem Verspätungszuschlag sanktioniert werden. Für die Steuererklärung ab 2018 gilt außerdem

eine neue Regel: Wer nicht bis spätestens 14 Monate nach Ablauf des Steuerjahres abgibt, erhält in jedem Fall einen Verspätungszuschlag von 0,25 Prozent pro angefangenem Versäumnis-Monat. Bislang hatten die Finanzämter hier einen Ermessensspielraum: Sie haben entschieden, ob und in welcher Höhe ein Verspätungszuschlag anfällt. Dieser Spielraum endet zum 31. Dezember 2019.

Wo Polizeibeschäftigte oft richtig sparen können

Polizeibeschäftigte nehmen immer wieder an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Nicht selten finden diese über einen längeren Zeitraum in

Ausbildungszentren, Universitäten oder Hochschulen statt. Während Fahrtkosten in der Regel nur zwischen Wohnsitz und regelmäßigem Arbeitsplatz geltend gemacht werden können, gibt es bei zeitlich beschränkten Versetzungen eine Ausnahme: Beträgt die Dauer der Ausbildung weniger als 48 Monate, so fungiert das Ausbildungszentrum NICHT als neue Tätigkeitsstätte, sondern weiterhin die Stammdienststelle. „Dann kann auch die Kilometerpauschale von 30 Cent pro gefahrenem Kilometer für die Fahrtkosten zwischen Wohnsitz und der Ausbildungsstätte abgesetzt werden“, erklärt Steuerexperte und Forium-Geschäftsführer Felix Bodeewes. Zusätzlich können in den ersten drei Monaten noch den Pflegeaufwand von 12 Euro beziehungsweise 24 Euro pro Tag und eventuelle anfallende Übernachtungskosten steuerlich geltend machen.

Weitere Tipps, mit denen sich aus der Steuererklärung mehr rausholen lässt, hält die Online-Anwendung **steuererklaerung-polizei.de** bereit. Den vergünstigten Zugang erhalten Mitglieder mit dem Zugangscode unten und im Mitgliederbereich von **gdp.de**.

cbg

15€ Rabatt für GdP-Mitglieder

Online-Steuererklärung für Polizistinnen und Polizisten



~~34,95€~~
19,95€
nur für GdP-Mitglieder

GdP-Mitglieder können ihre Steuererklärung jetzt noch besser und günstiger erledigen. Einfach auf www.Steuererklaerung-Polizei.de registrieren. GdP-Mitglieder können jederzeit ihren aktuellen Rabatt-Gutschein im Mitgliederbereich unter www.gdp.de herunterladen.



Dein Code:
gdp-steuer2018
gültig bis 15. August 2019

Link zum Angebot unseres Kooperationspartners:
Steuererklärung-Polizei.de



Gewerkschaft der Polizei



Polizei muss im Kampf gegen Kindesmissbrauch besser ausgestattet werden

Die Gewalt gegen Kinder in Deutschland ist unvermindert hoch. Das geht aus den Zahlen zu den kindlichen Gewaltopfern nach der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) 2018 hervor, die die Deutsche Kinderhilfe und das Bundeskriminalamt (BKA) Anfang Juni in Berlin vorstellten.

Zahlen schwanken seit Jahren auf hohem Niveau

Die Fälle von Kindesmisshandlungen schwanken demnach seit Langem auf hohem Niveau um die 4.000 Fälle pro Jahr. „Hinter diesen Zahlen stecken Menschen“, sagte Rainer Becker, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe. Im vergangenen Jahr sind außerdem 136 Kinder gewaltsam zu Tode gekommen, 80 Prozent von ihnen waren jünger als 6 Jahre alt. Laut BKA-Präsident Holger Münch gibt es außerdem ein großes Dunkelfeld, da die Täter oft aus dem näheren Umfeld der Opfer stammen und somit eine hohe Hemmschwelle für eine Strafanzeige besteht.

Alarmierend ist auch eine weitere Entwicklung, die niemanden überraschen dürfte: „Das Internet spielt beim Missbrauch von Kindern eine immer größere Rolle“, so der BKA-Chef. Das digitale Netz würde für die Verbreitung von Kinderpornografie und zur Anbahnung von Kontakten mit Kindern und damit letztendlich zur

Umsetzung des Missbrauchs genutzt. Die Fallzahlen seien stark gestiegen.

Polizei muss besser ausgestattet werden

Um diese Verbrechen besser bekämpfen zu können, forderte Münch die Umsetzung der Mindestspeicherfristen, da mittels IP-Adressen die Täter oftmals gefasst werden können. Die Polizeien von Bund und Ländern müssten zudem technisch besser ausgerüstet werden, damit sie große Mengen an Daten effektiver analysieren könnten. Sie benötigen Befugnisse, die Online-Identitäten von Tätern auf einschlägigen Plattformen, die etwa Kinderpornografie verbreiten oder Kinder anbieten, auch ohne die Erlaubnis der Täter nutzen zu dürfen. Mittels dieser Identitäten könnten oftmals weitere Täter gefasst werden. Daher müsse die Gesetzeslage hier angepasst werden.

„Den Forderungen von BKA-Präsident Holger Münch können wir uns nur mit Nachdruck anschließen“, sagte der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow

anlässlich der Bundespressekonferenz. „Die Polizei muss länderübergreifend mehr Befugnisse erhalten, mehr Personal und besser technisch ausgestattet werden, um im Internet effektiver gegen Kindesmissbrauch vorgehen zu können.“ Es brauche ein Umdenken in der Politik und in der Gesellschaft.

In der August-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI wird DP-Autor Rainer Becker sich ausführlich dem Thema „Kinder als Betroffene von häuslicher Gewalt“ widmen. red



Bundespressekonferenz in Berlin: (v.l.) Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kathinka Beckmann, Professorin an der Hochschule Koblenz, Rainer Becker, Vorsitzender der Deutschen Kinderhilfe, und BKA-Präsident Holger Münch.

Foto: Bicking



Nr. 7 • 68. Jahrgang 2019 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-0 **Fax:** 030 399921-200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI

Chefredaktion:
Michael Zielasko (mzo) (Verantwortlicher Redakteur)
Wolfgang Schönwald (wsd), (Ständiger Vertreter)
Redaktion: Christina Bicking (cbg)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Telefon: 030 399921-113 Telefax: 030 399921-29113
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Gewerkschaft der Polizei, Abteilung Kommunikation, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-113, -117 **Fax:** 030 399921-200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Gestaltung & Layout: Andreas Schulz, karadesign

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-APP und sozialen Medien verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Fax 0211 7104-174 **E-Mail** av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2019.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
187.349 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon 02831 396-0,
Fax 02831 89887

Titel
Foto: Kay Herschelmann

Gestaltung:
Andreas Schulz, karadesign



GEWALT DURCH GRUPPEN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 24

Von **Detlef Averdiek-Gröner**, **Udo Behrendes** und **Carsten Dübbers**.



1. Auflage 2019

Umfang: 136 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN: 978-3-8011-0827-4

Immer wieder Übergriffe, Randalen und Gewalt durch Gruppen in aller Öffentlichkeit – an Silvester, rund um Fußballspiele und bei Demonstrationen. Was ist los in Deutschland? Steht der gesellschaftliche Zusammenhalt in Frage, steht die Polizei vor nahezu unlösbaren Problemen bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit?

Die Autoren dieses Lehr- und Studienbriefs reflektieren auf der Grundlage polizeilicher Erfahrung und Datenlagen sowie vor dem Hintergrund sozialwissenschaftlicher Befunde und einer fortschreitenden Rechtsentwicklung praxisbezogen die Ursachen und Entwicklungen des jeweils von ihnen behandelten Phänomens. Sie zeigen gesellschaftliche und polizeiliche Handlungsansätze auf und setzen sich mit deren Wirksamkeit oder Wirkungen auseinander. In ihren Beiträgen geben sie Antworten auf die aufgeworfenen Fragen, die für die polizeiliche Ausbildung und Praxis in Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hohe Aktualität und Relevanz besitzen.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor.

Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a.D.

Carsten Dübbers, Kriminaloberrat.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

LEICHT & LEISTUNGSSTARK



COAST FL13 LED-Kopflampe

Die FL13 ist extrem leicht und kompakt somit kaum bemerkbar.

250507

☀ 19,90 € 23,95 €

COAST
LIGHTS • KNIVES • MULTI-TOOLS



COAST HL7 LED-Kopflampe

Die Coast HL7 ist leicht und sehr angenehm zu Tragen. Durch das „Light Output Control Wheel“ kann die Leuchtstärke sehr einfach mit einer Hand auf die benötigte Helligkeit eingestellt werden.

250807

☀ 29,95 € 35,95 €



COAST FL75 LED-Kopflampe

Die FL75 Stirnleuchte kombiniert viele berühmte Coast Eigenschaften in einem Lampenkopf, welcher zeitgleich als Batteriefach dient. Durch die Fokussfunktion kann man ganz einfach durch Drehen des Fokusrings von einem sehr breiten Leuchtkreis für den Nahbereich zum „Bulls-Eye-Spot“ für den Fernbereich wechseln. **COAST FL75R LED-Kopflampe** mit einem Li-Poly Akku oder mit 3xAAA Batterien betrieben (beides im Lieferumfang enthalten). Der Akku kann wahlweise direkt an der Leuchte oder außerhalb der Lampe mit einem Mini-USB Kabel geladen werden.

FL75 250607

☀ 29,95 € 35,95 €

FL75R 250707

☀ 55,95 € 67,95 €



Coast HP7 Fokussierbare LED-Taschenlampe

Die Coast HP7 ist eine sehr handliche und zuverlässige LED Taschenlampe. Mit dem rückseitigen, ergonomisch eingelassenen „Quick-Cycle Switch“ kann schnell und einfach zwischen drei verschiedenen Helligkeitsstufen gewechselt werden. Die Konstruktion der Endkappe erlaubt ein aufrechtes Aufstellen der Lampe und beinhaltet einen Wegrollschutz.

250907

☀ 29,95 € 35,95 €

COAST	Modus HIGH Lumen	Modus MEDIUM Lumen	Modus LOW Lumen	Lichtstärke HIGH m	Lichtstärke MEDIUM m	Lichtstärke LOW m	Lichtdauer HIGH h	Lichtdauer MEDIUM h	Lichtdauer LOW h
FL13 LED-Kopflampe	250	-	54	21	-	9	2,5	-	13
FL75 LED-Kopflampe	435	255	66	143	108	56	2,5	3	17
FL75R LED-Kopflampe Alkaline	480	245	65	145	106	54	3,25	7,5	23
FL75R LED-Kopflampe Li-Poly	530	260	65	156	107	54	2,25	5,25	11
HL7 LED-Kopflampe	285	-	4	11	-	13	1,5	-	70
HP7 Fokussierbare LED-Taschenlampe	410	215	60	229	166	88	2	6,5	12

COAST	Gehäuse	Lichtfarbe	Gewicht g Länge cm	Einhand- Bedienung	Helmclip	Spritzwasser- geschützt	Eigenschaften			
FL13 LED-Kopflampe	Kunststoff	weiß, rot	65 g	x		IPx4	neigbarer Lampenkopf	rotes LED	Blinkfunktion rot	
FL75 LED-Kopflampe	Kunststoff	weiß, rot	105 g	x	x	IPx4	neigbarer Lampenkopf	Twist Focus	reflektierendes Kopfband	
FL75R LED-Kopflampe	Kunststoff	weiß, rot	91 g	x	x	IPx4	neigbarer Lampenkopf	Twist Focus	reflektierendes Kopfband	Flex Charge System
HL7 LED-Kopflampe	Aluminium	weiß	128 g	x	x	IPx4	neigbarer Lampenkopf	Twist Focus	Light Output Control Wheel	
HP7 Fokussierbare LED-Taschenlampe	Aluminium	weiß	204 g 14,2 cm	x		IPx4	Slide Focus Control	Beam Look	Wegrollschutz	Nylonholster



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Lieferumfang aller Lampen: inkl. AAA Alkaline Batterien. 5 Jahre Garantie.

Lieferung frei Haus. Letzter Bestelltermin: 31.07.2019

Weitere Polizeiartikel und nützliche Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de